

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,00 M. im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 20 Bl. Belegblätter und 72 Bl. Postbelegblätter. Auslandabonnent 6.— M. pro Monat; für Klüber mit ermäßigtem Druckdruckpreis 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Volk und Welt“ Ferner: „Frauenstimme“, „Tugend“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatt“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. D. H. - Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Alfons' Rechtschwenkung.

Berdächtige Truppenbewegungen. — Wieder Pressezensur!

London, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Der Madrider Korrespondent des „Daily Herald“ meldet, daß sich die Lage in Spanien am Dienstag sehr zuspitzt hat. Die Mission Guerras ist vor allem an der Halsstarrigkeit des Königs gescheitert, dem drei Namen auf der vorgeschlagenen Ministerliste nicht gefallen haben. Außerdem hat sich Alfonso geweigert, seine Rolle als absoluter Monarch anzugeben. Es wird jetzt eine Militärdiktatur befürchtet. Die sozialistischen Organisationen und die republikanischen Parteien stehen auf der Wacht, um die Rechte des Volkes zu verteidigen.

Am Dienstagnachmittag 5 Uhr wurde die Pressezensur angeordnet. Es wird jeden Augenblick die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes erwartet.

Madrid, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Die Schicksalsstunde des Königs Alfons XIII. rückt immer näher. Der Versuch Guerras, ein liberal-republikanisches Kabinett zur Wiederherstellung verfassungswähriger Zustände zu bilden, ist gescheitert. Guerra hat den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben und dem König gleichzeitig geraten, seinen weiter links an der Grenze der republikanischen Partei stehenden Freund Melquiades Alvarez zu beauftragen.

Was Guerra zu seinem Verzicht bestimmt hat, ist noch nicht bekannt geworden. Man weiß zwar, daß er sowohl mit dem republikanischen Führer Ferrer, der sich irgendwo in Spanien verborgen hält, als mit dem sozialistischen Führer Prieto verhandelt hat, daß jedoch beide ihre Mitarbeit an der neuen Regierung ablehnten. Dieser Mißerfolg kann die Ursache für den Verzicht gewesen sein; es ist aber auch möglich, daß Guerra mit dem König in einen Konflikt geraten ist, da dieser sich nicht dazu hat verstehen können, als Kriegsminister den General Goded anzuerkennen, der erst kürzlich in Cadix einen Angriff auf den König und die Diktatur gerichtet hat.

Unter diesen Umständen neigt man zu der Ansicht, daß der König sich den Forderungen der Republikaner und Sozialisten noch nicht beugen will. Diese Meinung wird dadurch verstärkt, daß

in den letzten Stunden Truppenbewegungen um die Hauptstadt vorgenommen

worden sind. Man befürchtet daher einen militärischen Staatsstreich zur Errichtung einer neuen Diktatur, obwohl der zurückgetretene und zur Zeit noch die Geschäfte führende Ministerpräsident Berenguer heute erklärte, daß diese militärischen Maßnahmen lediglich zum Schutze der öffentlichen Ordnung getroffen seien. Die nächsten Stunden werden Klarheit darüber bringen, ob der König sich, dem Volkswillen entsprechend, dem Spruch einer Nationalversammlung bedingungslos beugen, oder ob er ein letztes Mal zu dem verzweifelten Mittel der Diktatur greifen wird, das zur Revolution führen dürfte.

Militärdiktatur aus Angst vor Generalfreist?

Paris, 17. Februar.

Wie Havas aus Madrid meldet, sind die angekündigten außerordentlichen Maßnahmen durch die

Drohung eines Generalfreistes

hervorgehoben worden, der am Mittwoch ausbrechen soll. Man erwartet daß der Belagerungszustand noch heute abend verkündet wird.

Was das neue Ministerium betrifft, das vielleicht heute abend gebildet werden kann, soll es sich aus den meisten Mitgliedern des zurückgetretenen Kabinetts zusammensetzen und General Berenguer wieder zum Ministerpräsidenten haben. Andernfalls würde eine neue Diktatur errichtet werden, deren Führung, wie gemeldet, General Saro übernehmen soll. In Madrid wird auch von einem

Militäraufstand in Cordoba

gesprochen; aber man weiß bisher noch nicht, gegen wen dieser Aufstand gerichtet ist. Truppentransport nach Cordoba sollen vorbereitet werden. Die einzige offizielle Tatsache ist vorläufig nur die Wiederherstellung der Zensur.

Auch Alvarez lehnt ab.

Madrid, 17. Februar.

Nachdem Sanchez Guerra dem König die Beauftragung von Melquiades Alvarez zur Kabinettsbildung vorgeschlagen hatte, erklärte dieser, sein Erscheinen im Palast hätte keinen Sinn, wobei er durchblicken ließ, daß der König sich Sanchez Guerra gegen-

über gemeigert habe, die Bedingungen hinsichtlich der Bescheidung der Rechte der Krone anzunehmen. — Er, Alvarez, stünde auf dem gleichen Standpunkt wie Sanchez Guerra.

Kaum eine Stunde später gingen Romanones und Alucemas zum König. Romanones soll dem König erklärt haben, es gäbe nur noch eine Lösung, die der extremen Linken unter Melquiades Alvarez.

Daraufhin begab dieser sich doch ins Palais. Danach teilte er mit, der König habe ihn nicht mit der Kabinettsbildung beauftragt, sondern wolle noch weitere Beratungen mit anderen Politikern abhalten. Also ein neuer Aufschub. Romanones und Alucemas haben nach regierungsoffizieller Meldung erklärt, der König habe durch den Auftrag an Guerra alles Denkbare zur Entwirrung getan...

Neue Provokation der Hakenkreuzler.

Sie wollen am Sonntag Kravalle provozieren.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird am Sonntag, 22. Februar, 3 Uhr, im Lustgarten zu einer großen Kundgebung aufmarschieren, um das siebenjährige Bestehen dieser republikanischen Schutztruppe würdig in Erinnerung zu bringen.

Diese Lastzucht läßt die Goebbels-Garden nicht ruhen. Sie werden von ihrem Berliner Generallimus ausgerufen, als „deutschbewußtes Volk von Berlin“ um 4 Uhr im Lustgarten zu erscheinen, und künden als „deutschbewußten“ Redner den Herrn — Karpenstein, M. d. R. (soll heißen: Mitglied der Kaugelosenen) an.

Selbstverständlich ist diese Nazidemonstration im Lustgarten nicht genehmigt. Es ist auch nicht anzunehmen, daß sie noch genehmigt wird. Wohl aber ist damit zu rechnen, daß die Hakenkreuzler Kravalle und Zusammenstöße provozieren wollen. Dabei werden sie sich aber verrechnen. Schon die Ankündigung dieser Absicht wird dazu beitragen, daß die republikanische Bevölkerung Berlins, den Ernst der Lage erkennend, durch Massen-aufmarsch das Spiel der Karpensteine zunichte macht. Parole für Sonntag: Jeder um 3 Uhr im Lustgarten!

Neuer Mord in Röntgental.

Schießerei vor dem Nazi-Lokal „Edelweiß“.

Vor dem bekannten Nazi-Lokal „Edelweiß“ in Röntgental kam es in später Abendstunde zu einer schweren Schießerei, bei der mindestens zwei Schwerverwundete und ein Leichtverletzter auf der Strecke blieben. Wie wir nach Mitternacht erfahren, soll einer der Verletzten bereits seinen Wunden erlegen sein.

Von dem genannten Lokal „Edelweiß“ aus war seiner Zeit der Mordanschlag auf die Reichsbanner-Leute organisiert worden, der gleichfalls Todesopfer erforderte. Wen diesmal die Mordwaffen getroffen, ließ sich bis Redaktionsschluss nicht mehr feststellen.

Wie es heißt, waren die Opfer Stedter von der Kolonie Röntgental, die an der Bestattung des Gewerkschaftsangehörigen Genossen Brall teilgenommen hatten und auf dem Heimwege mit den Nazis in Konflikt gerieten. Doch waren genauere Mitteilungen in der Nacht nicht mehr zu erhalten.

Polnischer Parzellierungsplan.

Vor allem gegen deutschen Großgrundbesitz.

Warschau, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Die polnische Regierung hat der Öffentlichkeit einen Parzellierungsplan zur Durchführung der Agrarreform im Jahre 1932 übergeben. Der Plan ist als Kampfmittel der Vilsudski-Regierung gegen das Deutschtum in den Westprovinzen gedacht.

Während in allen Besitzverhältnissen Polens die ausgleichende Fläche angesichts der geringen Nachfrage nach Siedlungsland gegenüber dem Vorjahre bedeutend verkleinert worden ist, wurde die Parzellierungsfläche in Posen und Pommerellen mit 24.000 Hektar und 20.000 Hektar angelegt, gegenüber 15.000 und 12.000 im Vorjahre. Wenn auch die Namensliste des Parzellierungsplanes noch nicht vorliegt, so sprechen die Tatsachen doch schon dafür, daß auch die Bodenreform weniger nach sozialen und wirtschaftlichen als nach nationalpolitischen Gesichtspunkten durchgeführt wird, selbstverständlich zum Schaden der nationalen Minderheiten.

Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung zur Bezeichnung der „Legalität“ ihres Vorgehens den Parzellierungsplan diesmal von ihrer ergaunerten Parlamentsmehrheit bestätigen zu lassen.

Trotz alledem vorwärts!

Sozialpolitische Fortschritte in der Tschechoslowakei.

R. W. Prag, im Februar 1931.

Die Tschechoslowakei hat in den Jahren nach dem Umsturz den Ruf eines Landes mit sehr hoch entwickelter Sozialpolitik genossen. Nicht mit Unrecht, denn die langjährige Regierungsteilnahme der tschechischen Sozialdemokratie, in mancher Hinsicht umstritten, hat zweifellos, wenigstens in den ersten Jahren der Republik, ihre sozialpolitische Gesetzgebung fruchtbar beeinflusst. Später hat allerdings die erstarkende Bourgeoisie dem weiteren Fortschritt in der Sozialpolitik einen Riegel vorgeschoben, bis dann die dreieinhalbjährige Herrschaft des Bürgerblochs auch auf diesem Gebiete schwere Rückschläge brachte.

Das hat denn auch dazu beigetragen, daß der Bürgerblock bei den Wahlen im Herbst 1929 in die Minderheit gedrängt wurde. Seit Dezember 1929 regiert in der Tschechoslowakei wieder eine Koalition, an der Sozialisten, und zwar diesmal auch die deutschen Sozialdemokraten teilnehmen. Bei der Verteilung der Ressorts fiel gerade das wichtige Ministerium für soziale Fürsorge an den Führer der deutschen Sozialdemokratie, den Genossen Dr. Czech. Das Arbeiten in der neuen Koalition war nicht leicht. Schon daß sie aus acht Parteien besteht, ist der Einigung über ein Arbeitsprogramm nicht eben förderlich, zumal die besonderen parlamentarischen Methoden im Prager Parlament, die auf Starrheit, jede Detailabstimmung erfassender Koalitionsdisziplin beruhen und daher die vorgängige Einigung über jeden Beistrich einer Regierungsvorlage erfordern, die Gesetzgebungsmaschine nur langsam, stockend und schwerfällig funktionieren lassen. Vor allem aber ist der sozialistische Block auch innerhalb der Koalition eine Minderheit, und die bürgerlichen Parteien, pochend auf ihre ökonomischen Nachpositionen, auf ihre Beherrschung des in der Tschechoslowakei sehr mächtigen bürokratischen Apparats, lassen sich von den Arbeiterparteien, die überdies noch immer stark unter der bolschewistischen Spaltung leiden, jedes Zugeständnis nur mühsam abringen. Dennoch ist es den Sozialisten gelungen, insbesondere auf dem Felde der Sozialpolitik eine ganze Reihe wertvoller Erfolge zu erzielen.

In dem System der tschechoslowakischen Sozialgesetzgebung bildete gerade die Arbeitslosenfürsorge einen schwachen Punkt. Nach einer Ubergangszeit, in der staatliche Unterstellungen ausgezahlt wurden, trat hier das Genter System in Kraft, das nur dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu seiner Organisationsunterstützung einen Staatsbeitrag in gleicher, nach fünfjähriger Organisationszugehörigkeit in anderthalbfacher Höhe, und dies nur durch dreizehn Wochen bot. Die im Jahre 1930 beschlossene Novelle verlängert die Unterstützungsdauer auf sechsundzwanzig Wochen und läßt, im Falle außerordentlicher Arbeitslosigkeit noch eine dritte Unterstützungsperiode von dreizehn Wochen zu. Gleichzeitig wurde der Staatsbeitrag auf das Drei- bzw. Vierfache der gewerkschaftlichen Unterstützung erhöht, so daß die Fachverbände ihre Unterstützungsfrage ermäßigen konnten, ohne daß der Arbeitslose dadurch in der Höhe der Unterstützung verkürzt wurde. Vervollständigt wurde die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung durch die Einführung der produktiven Arbeitslosenunterstützung: der Staat gewährt öffentlichen Körperlichkeiten, die Notstandsarbeiten durchführen wollen, was oft am Geldmangel scheiterte, Zuschüsse zum Arbeitslohn und erleichtert ihnen so die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten.

Da nur ein Teil, und zwar leider der kleinere Teil der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, erweist sich, besonders in Krisenzeiten, das Genter System als unzulänglich. Darum hat Genosse Dr. Czech eine Kommission eingesetzt, welche die Vorarbeiten für die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung leisten soll. Dies ist freilich eine Arbeit auf lange Sicht. Viel weiter gediehen sind dagegen die Vorbereitungen für die Schaffung einer obligatorischen Arbeitsvermittlung; hier hat das Ministerium für soziale Fürsorge einen Gesetzesentwurf bereits fertiggestellt, und so können wir hoffen, daß in absehbarer Zeit ein wertvoller Schritt zur Organisierung des Arbeitsmarktes getan wird. Auch die energische und erfolgreiche Bekämpfung des Heberstundensuwesens, die sich Dr. Czech im Gegensatz zu seinem bürgerlichen Vorgänger sehr angelegen sein läßt, ist in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit bedeutsam. Für die Unorganisierten und Ausgesteuerten wurde eine staatliche Ernährungsaktion eingeleitet, die durch Zuschüsse der Bezirke und Gemeinden ergänzt wird.

In der Krise zieht begrifflicher Weise vor allem die Erwerbslosenfürsorge das allgemeine Augenmerk auf sich. Doch ist auch auf anderen Gebieten fruchtbare Arbeit geleistet worden, vor allem auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Dieser Sektor der Wohlfahrtspflege wird in der Tschechoslowakei hauptsächlich von den Bezirksjugendfürsorgern betreut, die zwar vereinsmäßig organisiert sind, aber mit den Behörden zusammenarbeiten und so halbamtlichen Charakter tragen. Unter dem Regime des Genossen Czech erfreuen sich diese Organisationen erhöhter materieller Unterstützung, vor

Blüten der „Recht“sprechung.

Kritische Beleuchtung im preußischen Landtagsauschuß.

Am Dienstag setzte der Hauptausschuß des Landtages die Beratung des Justizgesetzes fort. Justizminister Dr. Schmidt gab dem Abgeordneten Kuttner zu, daß die nationalsozialistische Welle des 14. September auch für die Justiz in den Gerichtssälen spürbar geworden sei. Auf die Einzelfälle aus den Bezirken R a u m b u r g und K a s s e l ver sprach er Antwort im Plenum. Man dürfe nicht vergessen, daß die Justiz immer nur das Spiegelbild der allgemeinen kulturellen und sozialen Zustände sei. Seien diese mitten in einer riesenhafte Weltkrise, so bleibe diese natürlich auch der Justiz nicht erspart. Aber von der Justizverwaltung würden in die preußische Justiz politische Gesichtspunkte jedenfalls nicht hineingetragen.

Die Zahl der Sozialdemokraten unter den preußischen Richtern sei praktisch Null. Korama Noll, ein sämtlicher Sozialdemokraten in führenden Stellen der Justizverwaltung könne er an den Fingern der Hand herzählen.

Von den Behauptungen des Moritz-Jarnow noch irgend etwas zu untersuchen, lehnte er ab; das hieße dem Mann mit seinem Nachwerk wirtlich jurei Ehre erweisen. — In Einzelheiten teilte der Minister dann noch mit, daß das Berliner Arbeitsgericht in den nächsten Tagen seine neuen Räume im alten Kriegsministerium beziehen werde. Die Reineidsbeuge sei erfolgreich zurückgebrängt worden. Eine Heraushebung der Altersgrenze auf 68 Jahre müsse das Kabinett nach wie vor ablehnen.

Abg. Hellmann (Soz.) bat den Minister, die Zusammenlegung der drei Berliner Landgerichte zu beschleunigen, die Reineide, namentlich in Vaterschafts- und Unterhaltsprozessen, durch rechtzeitige Blutgruppenuntersuchungen vorbeugend zu verhindern und an der Abhebung der Todesstrafe auch festzuhalten, wenn der Fall Kürten zur Verhandlung käme.

Von den preußischen Referendaren seien nur 1,8 Proz. Söhne von Arbeitern, Kleinbauern und Privatangestellten in nichtleitenden Stellen; weitere 1,6 Proz. Söhne von Unterbeamten. Alle übrigen entstammten dem Mittelstand und dem Besitzbürgertum.

Daher die rechtspolitische Haltung der Richterschaft und das mangelnde soziale Verständnis z. B. bei Urteilen über unerlaubte Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter, Nichtabführung von Versicherungsbeiträgen, Nachtarbeitverbot usw. Die

Parteinahme der Gerichte gegen die Polizei

für Nationalsozialisten zeige sich in den Schadenersatzprozessen von Personen, die bei Krawallen zu Schaden gekommen seien und in der Anordnung des Strafverfahrens gegen den Polizeiwachmeister Becker in Kassel durch das Oberlandesgericht wegen Freiheitsberaubung, weil er bei einem nationalsozialistischen Aufruhr zufällig einen Falcken erwischt hätte. Auch wenn in Krefeld die Nationalsozialisten in Flugblättern, Plakaten und einem halben Duzend Zeitungsartikeln den Zentrumspräsidenten Eises als „die schwarze Schmach“ hinstellten, koste das nur 120 R. Geldstrafe. Ebenso lächerlich fast alle Strafurteile bei Beileidigung der Minister und der ganzen Regierung. Aber dieselben Richter, z. B. Amtsgerichtsrat Bohmeyer in R a u m b u r g,

gaben wegen Richterbeleidigung regelmäßig vier und sechs Monate Gefängnis, und eine

Hilfsbeleidigung kostet mindestens 750 M.

Ranche Urteile seien nichts anderes als rechtsradikale Volksverfälschungen. So im Prozeß Orgelmeister-Düsterberg das neueste Urteil des Landgerichtsdirektors Bühnemann, Halle, mit langen Abhandlungen darüber, daß Düsterberg mit dem Kampf gegen den Young-Plan vollkommen recht gehabt habe, daß die preußische Regierung sein Volksbegehren mit verfassungsmäßigen Mitteln bekämpft hätte und daß man in der jetzigen Zeit des Gehalts- und Pensionsabbaues hohe Geldstrafen nicht verhängen dürfe. Unter zahllosen Einzelfällen vielleicht am tollsten der Freispruch des Redakteurs Dr. Elze durch das Große Schöffengericht Halle unter Landgerichtsdirektor Paul, wegen Bezeichnung Otto Brauns als Judas Ischariot und zahlreicher anderer Schimpfworte; die Urteilsbegründung erkläre die Ehre des Ministerpräsidenten für schwer verletzt und den Täter als alten Juristen und Redakteur für voll verantwortlich; aber da er gegen das Konkordat gekämpft habe, habe er nur berechtigtes Interesse wahrgenommen und sei deshalb straffrei. Die preußische Justiz braucht eine andere Personalpolitik als bisher; besonders dürfe das

Reichsgericht nicht länger als Abstellbahnhof für Richter

benutzt werden, die man in der preußischen Justizverwaltung gern los würde. Der Staat brauche ein durchgreifendes Waffenverbot, völlig andere Strafmaße für Beleidigungen im öffentlichen Leben und ein völlig anders wissenschaftlich ausgebildetes Richterpersonal. Dabei sei zuzugeden, daß die Zahl der Richter, die sich derartige politische Exzesse leisteten, in der Gesamtzahl der preußischen Richter gering und die preußische Justiz voll guten Willens für die Gerechtigkeit sei. Aber nicht erkannt sei bisher der große Kampf für die Erhaltung des Rechtsstaats gegen die politischen Vorkämpfer des Gewaltstaates.

Abg. Dr. Kaufmann (Dnl.): Die Kritik des Parlaments und der Presse an der Justiz führt den Zweifel an unserem gesunden preußischen Gerichtsweisen. Dabei sind die vorgestellten Einzelfälle wirklich nur bedauerliche Ausnahmen. Die preußische Justiz ist in der Republik nicht schlechter, sondern besser geworden. Den Tendenzen des republikanischen Richterbundes müssen wir wegen der Gefahr einer Gesinnungsschwäche energisch entgegenreten.

Abg. Losenhausen (D. Sp.) verlangt von der Justizverwaltung Schutz der Richter gegen die Fülle nationalsozialistischer Drohungen und Drohbriefe. Das preußische Bognadigungsweisen sei durch seine sozialen Erfolge völlig gerechtfertigt.

Abg. Steinfurth (Komm.): Die Arbeitsgerichte nützen den Arbeitern nichts. Sie müssen sich dort von den Gewerkschaftsbözen vertreten lassen, die nur die Interessen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vertreten. (Zuruf bei den Soz.: Schöner kann Goebbels auch nicht hegen!)

Abg. Kriege (D. Sp.) schließt sich den Protesten gegen das Buch „Gefesselte Justiz“ und gegen die Verleumdung des verstorbenen Ministers Am Jahnhoff an.

Damit schließt die allgemeine Debatte. Am Mittwoch wird in einer besonderen Sitzung der Strafnalzug behandelt werden,

der etwa eingeführten Klassenmüge ist in der Schule und bei Schulveranstaltungen verboten.“

In der Begründung des Verbots nimmt der württembergische Kultusminister Bazille Bezug auf Vorgänge in Ulm. Dort hatten die Nazis einen Fackelzug zur Reichsgründungsfeier veranstaltet, an dem sich u. a. auch eine größere Anzahl von Schülern der höheren Lehranstalten in Klassenmügen beteiligte. Dieses Vorkommnis führte zur schärfsten Kritik in der Öffentlichkeit. Inzwischen hat die Hakenkreuzpartei in Ulm die Schüler zum Mittwoch zu einer Versammlung ihres Schülerbundes eingeladen. Diese Dinge dürften das in Ulm dominierende Zentrum veranlaßt haben, bei der württembergischen Regierung vorstellig zu werden, um den hauptsächlich gegen die Nazis gerichteten Erlaß des württembergischen Kultusministers herbeizuführen.

Standal im Sachsenparlament.

Volkepartei und Trevirannus-Gruppe im Band mit Nazis!

Dresden, 17. Februar (Eigenbericht).

Im Sächsischen Landtag kam es am Dienstag bei der Beratung eines nationalsozialistischen Antrags auf Auflösung des Parlaments zu stürmischen Szenen. Der Auflösungsantrag wurde mit 63 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Der Nazi-Abgeordnete Studentowski, der den Antrag seiner Fraktion begründete, ließ sich zu einer wüsten Mordhege hinreißen. Durch Zwischenrufe wurde er u. a. daran erinnert, daß er vor kurzem in einer Versammlung von Schweinern gesprochen habe, die abgestochen werden müßten. Studentowski nahm auf diese Ausführungen in der Versammlung Bezug und erklärte, mit den Schweinern, die abzustechen seien, habe er nicht deutsche Arbeiter gemeint, sondern die Leute, von denen Hitler vor dem Reichsgericht gesagt habe, daß nach einem nationalsozialistischen Sieg ihre Köpfe rollen würden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Böchel gab dem Nazi-Mordheger die gebührende Antwort. Durch ihr verbrecherisches Treiben — so erklärte Böchel u. a. — wollten die Nationalsozialisten nur ihre Unfähigkeit bemänteln. Als dann der nationalsozialistische Abgeordnete Kunz, der das Schlußwort hatte, seine Redezeit überschritt, wurde er nach wiederholter Ermahnung durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen. Er redete trotzdem weiter. Infolgedessen unterbrach der Präsident die Beratungen. Während der Pause kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Der Nationalsozialist Lash bedrohte einen der Vizepräsidenten des Landtags tätlich. Er wurde für eine Sitzung als dem Landtag ausgeschlossen. In der neuen Sitzung teilte Präsident Böchel mit, daß der Nazi-Abgeordnete Kunz insgesamt von sechs Sitzungen ausgeschlossen sei.

Vor der Debatte über den Auflösungsantrag vollzog der Landtag eine ganze Reihe bemerkenswerter Abstimmungen. Mit 47 gegen 44 Stimmen der Sozialdemokratie, Kommunisten und Staatsparteieller wurde ein Antrag angenommen, durch den die Regierung beauftragt wird, dafür zu sorgen, daß aus allen Schulbüchern des Buchs Remarques „Im Westen nichts Neues“ entfernt und es im Unterricht nicht mehr ver-

wendet wird. Angenommen wurde ferner ein vom Verband und von den konservativen Abgeordneten gestellter Antrag, die Schüler nicht mehr zu zwingen, an Verfassungsfeiern teilzunehmen und sie wegen ihres Fernbleibens von solchen Feiern nicht mehr zu bestrafen. Für diesen Antrag stimmten auch mehrere Mitglieder der Volkspartei, u. a. der Parteisekretär Dietmann. Außerdem wurde ein konservativer Antrag auf Einführung einer Toten-Gedächtnisfeier, wobei vor allem der Gefallenen des Weltkrieges gedacht werden soll, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Abgelehnt wurde dagegen ein sozialdemokratischer Antrag, der forderte, daß diese Totengedenkfeier im Sinne der Völkerveröhnung durchgeführt werden solle.

Hugenberg fördert Sozialdemokraten.

Unbrocksichtige Wirkung einer Zeitungshehe.

Die Hugenberg-Blätter betreiben mit anerkanntem Wertes Eifer die definitive Anstellung des früheren Londoner Korrespondenten des „Vorwärts“, Dr. Egon Bertheimer, als deutscher Mitglied der Informationsabteilung des Völkerbundsekretariats, indem sie nämlich abermals gegen ihn hehen. Dieser Tage warf ihm der „Lokal-Anzeiger“ vor, daß er geküßert hätte, er sei „kein Feind der polnischen Nation“. Jetzt folgt der „Tag“, weil Bertheimer einen künstlichen Proteststurm der deutschnationalen Pressevertreter in Genf wegen eines keineswegs welterschütternden Fehlers, der dem französischen Mitglied bei der Abfassung des Schlußberichts über die letzte Reichstagung unterlaufen war, zu beschuldigen versucht hatte. Dieses französische Mitglied, ein früherer Zeitungs-Korrespondent in Berlin, erfreut sich wegen seiner Sachlichkeit und Loyalität gerade in deutschen Kreisen allgemeiner Wertschätzung.

Man versucht nun, das deutsche Auswärtige Amt gegen Bertheimers endgültige Anstellung durch das Völkerbundsekretariat mobil zu machen. Das Auswärtige Amt wird sich natürlich schwer hüten, irgend etwas in diesem Sinne zu unternehmen. Sonst würde es damit dokumentieren, daß nur solche Deutsche, die sich als Feinde der polnischen Nation bezeichnen, oder die ihre fremden Kollegen bei geringfügigen Anlässen aus nationalstischen Motiven desavouieren, im Völkerbund tätig sein dürfen. Diese Blöße wird sich das Auswärtige Amt in Genf bestimmt nicht geben. Wenn etwas geeignet sein könnte, die Stellung Bertheimers in Genf zu festigen, so waren dies die unschlichen Angriffe der Hugenberg-Presse.

Gandhi beim Bizekönig.

Vierstündige Unterredung.

Delhi, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Gandhi ist am Dienstag in Delhi eingetroffen. Er hatte eine vierstündige Unterredung mit dem Bizekönig Lord Zojin, die am Mittwoch fortgesetzt wird. Später fand eine Zusammenkunft Gandhis mit den liberalen Führern und anderen Teilnehmern der Londoner Indienkonferenz statt.

allen aber wurde ihnen durch eine Regierungsverordnung die Aufsicht über die unehelichen und in fremder Pflege stehenden Kinder übertragen, eine soziale Last, die ein seit 1921 schlummerndes Gesetz zum Leben erweckte und rund 440 000 Kindern Betreuung verschaffte. Hierbei wurde, was dank der nationalen Gliederung der Bezirksjugendfürsorgen möglich war, die nationale Autonomie respektiert. Für die arbeitende Jugend wurde durch Schaffung eigener Jugendabteilungen in der Gewerbeinspektion vorgesorgt, die, sowohl in der Zentrale, als auch in den lokalen Stellen durch Jugendbeiräte aus den Reihen der erwerbstätigen Jugendlichen selbst wirksam unterstützt werden.

Auch die Justizverwaltung, an deren Spitze der Genosse Dr. Meißner steht, hat sozialpolitisch Wertvolles geschaffen. Schon im alten Oesterreich waren für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis Gewerbegerichte mit Laienbeisitzern errichtet worden, jedoch nur in einigen großen Industriestädten. Sie sollen nun, in verbesserter Form, als Arbeitsgerichte zu einer allgemeinen Einrichtung werden. Ein sozialer Fortschritt von höchster Bedeutung ist das neue Jugendstrafrecht, das den Vergeltungsgedanken fast restlos durch den Erziehungsgedanken verdrängt und das durch ein, allerdings noch im Vorbereitungsstadium befindliches Gesetz über die Fürsorgeerziehung zu voller Wirksamkeit gebracht werden soll.

Von ganz eminenter Bedeutung ist aber in der Tschechoslowakei das Wohnungsproblem. Auf diesem Gebiete hatte der Bürgerblock den seit dem Kriege bestehenden Mieterschutz radikal abzubauen begonnen, und es bedurfte der äußersten Kraftanstrengung der Sozialisten, um dieser Tendenz entgegenzutreten und die zweimalige, jetzt bis Ende 1931 befristete Verlängerung des Mieterschutzes ohne Forderung der Kündigungsbeschränkungen und ohne Mietzinserhöhung — abgesehen von Mietern mit hohem Einkommen — zu erzwingen. Auch die staatliche Wohnbauförderung wurde verbessert. Der Bürgerblock hatte von den unmittelbar nach dem Krieg ziemlich ausgiebigen Unterstützungsmaßnahmen nur gewisse Steuererleichterungen und eine Kreditgarantie für Bauarbeiten übrig gelassen. Mit dieser Unterstützung konnten Proletarierwohnungen nicht geschaffen werden. Erst die Einführung von staatlichen Annuitätzuschüssen zur Verzinsung und Tilgung des Baukredits durch das Bauförderungs-gesetz von 1930 wird die Erstellung von etwa 22 000 Kleinwohnungen zu erzwinglichen Mietpreisen möglich machen.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen der staatlichen Sozialpolitik erfordert die Mitwirkung der Selbstverwaltung. So die produktive Arbeitslosenfürsorge, die Ernährungsaktion, die Wohnbauförderung. Der Bürgerblock hatte den Selbstverwaltungskörpern die Einnahmequellen unentgeltlich geöffnet und von ihrer Finanzhoheit fast nichts übrig gelassen. Deshalb ist es sozialpolitisch von großer Bedeutung, daß es auch hier den Sozialisten gelungen ist, einen Fortschritt zu erzielen. Zunächst wurden die Länder durch Erhöhung der Biersteuer saniert, wobei aber die Erhöhung nicht auf den Konsum abgewälzt werden darf. Den Bezirken und Gemeinden aber wurden erhöhte Einnahmen erschlossen und auch ihre Abhängigkeit von den Aufsichtsbehörden gelockert.

Der sozialpolitische Fortschritt ist im Jahre 1930 nicht so stürmisch wie unmittelbar nach der Revolution. Aber angesichts des ganz anderen Widerstandes der Bourgeoisie und inmitten der Reaktionswelle in ganz Mitteleuropa ist er nicht geringer einzuschätzen als jener. Die deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei sind keineswegs blind gegen die Schattenseiten der Koalitionspolitik; aber alle sind sie stolz auf die sozialpolitischen Erfolge als Frucht der solidarischen Zusammenarbeit der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie, die sich nun schon in der Opposition und in der Regierung bewährt hat und auf der die Zukunftshoffnung der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei beruht.

Wozu Landtagsauflösung?

Die Aktion des Stahlhelm.

Rechtstehende Blätter meiden beglückt, daß es dem Stahlhelm gelungen sei, die zur Einsetzung eines preußischen Volksbegehrens notwendigen 20 000 Unterschriften aufzubringen. Das Volksbegehren soll zur Beschleunigung der preußischen Landtagswahlen dienen, die normalerweise in einem Jahre vorzunehmen sind.

Noch in diesem Jahr, so will es der Stahlhelm, sollen neue nationalsozialistische Landtagsabgeordnete gewählt werden, damit sie dann, so wie ihre Reichstagskollegen, davonlaufen können.

In der Zeit der allgemeinen Nationalisierung muß man über ein so irrationelles Verfahren staunen.

Wir schlagen vor, daß die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen jetzt schon aus dem Landtag davonlaufen. Praktisch wird damit genau daselbe erreicht, wie wenn erst gewählt wird, und man erspart Arbeit, Zeit und Geld!

Schülerpolitik ist verboten.

Erlaß des Kultusministers in Württemberg.

Stuttgart, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Der württembergische Kultusminister hat an die ihm unterstellten Schulen einen Erlaß gerichtet, in dem allen Schülern jede parteipolitische Betätigung untersagt wird. Der Erlaß lautet:

„Jede parteipolitische Betätigung in der Schule, bei Schulveranstaltungen oder bei Veranstaltungen von Schülern ist verboten. Die Schüler dürfen weder unter sich Vereinigungen bilden, die unmittelbar oder mittelbar parteipolitische Zwecke verfolgen, noch Mitglieder parteipolitischer Vereinigungen und ihrer Jugendgruppen sein, sofern sie nicht das wahlberechtigte Alter erreicht haben.“

Den Schülern ist es untersagt, an Umzügen und sonstigen öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel teilzunehmen, die von politischen Parteien oder ihren Jugendgruppen veranstaltet werden oder an denen sich solche beteiligen. Im übrigen ist es auch nicht erwünscht, daß Schüler unter 18 Jahren an parteipolitischen Versammlungen in geschlossenen Räumen teilnehmen. Es muß in dieser Beziehung die Verantwortung den Erziehungsberechtigten überlassen werden.

Im Bereich der Schulen dürfen Drucksachen, Einladungen, Anbahnigungen usw., die sich auf politische Parteien oder parteipolitische Veranstaltungen beziehen, in keiner Form verbreitet werden.

Das Tragen von Abzeichen aller Art mit Ausnahme

Internationale Jugendarbeit.

Büroführung der Sozialistischen Jugend-Internationale.

In Berlin trat das Büro der Sozialistischen Jugend-Internationale zu einer Sitzung zusammen.

Den Bericht des Sekretariats erstattete Genosse Dissenhauer. Seit der letzten Sitzung des Büros im Juli vorigen Jahres hat die Internationale eine rege Tätigkeit entfaltet. Die bedeutendste Veranstaltung war die erste Internationale Sommerhochschule in Innsbruck, die von elf Verbänden mit 28 Teilnehmern besetzt war. Der Verlauf dieser Sommerhochschule hat bewiesen, daß derartige Zusammenkünfte ein wertvolles Mittel der internationalen Zusammenarbeit sind. Sehr großes Interesse fand der Internationale Jugendtag, den die Sozialistische Jugend-Internationale seit Jahren an jedem ersten Sonntag im Oktober veranstaltet. In diesem Jahr wurde der Jugendtag in 18 Ländern durchgeführt. Die Rundgebungen standen überall im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus. Zur Förderung der sozialistischen Jugendarbeit in den Balkanländern veranstaltete die Sozialistische Jugend-Internationale am 10. Oktober eine Balkankonferenz in Sofia, auf der Richtlinien für einen weiteren Ausbau und eine engere Zusammenarbeit der sozialistischen Jugendverbände in diesem Teil Europas beschlossen wurden. Die Beziehungen zu den befreundeten internationalen sozialistischen Organisationsformen waren weiterhin freundschaftlich. Mit der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale wurde eine gegenseitige Vertretung vereinbart, und die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Erziehungs-Inter-Internationale erfuhr infolgedessen einen weiteren Ausbau, als seit Beginn des neuen Jahres die „Internationale Sozialistische Jugendkorrespondenz“ gleichzeitig Mitteilungsblatt der Sozialistischen Erziehungs-Internationale wurde. In der Mehrzahl der Verbände konnte eine weitere Zunahme an Mitgliedern verzeichnet werden, die Gesamtzahl der Mitglieder der Sozialistischen Jugend-Internationale hat Ende 1930 250.000 überschritten. Ein Zeichen für die innere Stärke der Sozialistischen Jugend-Internationale ist die Tatsache, daß die umfangreiche Arbeit ausschließlich aus den eigenen Mitteln der Internationale, die durch Beiträge der Verbände aufgebracht werden, bestritten wurde.

Die Sitzung beschäftigte sich eingehend mit der Lage der sozialistischen Jugend in Polen. Folgende Entschliessung wurde angenommen:

„Die Sozialistische Jugend-Internationale protestiert gegen die schamlosen Verfolgungen der sozialistischen Arbeiter- und Jugendorganisationen Polens, insbesondere der leitenden Jugendfunktionäre Dabols und Ciofcoz. Das Büro versichert die polnische sozialistische Jugend seiner warmsten Solidarität und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Kampf der polnischen sozialistischen Arbeiterklasse und Jugend bald gelingen möge, die Freiheit des polnischen Volkes völlig wiederherzustellen.“

Das Büro stellt gleichzeitig fest, daß es dem entschiedenen Widerstand der deutschen sozialistischen Arbeiter- und Jugendbewegung bereits gelungen ist, den Angriff des nationalsozialistischen Faschismus zum Stillstand zu bringen, und ist überzeugt, daß es der zielbewußten Arbeit der deutschen sozialistischen Jugend gelingen wird, die deutsche Jugend vor der Gefahr der faschistischen Verleumdung zu bewahren und dadurch mitzuwirken, die deutsche Demokratie zu behaupten.“

Dem Aufnahmeantrag der sozialistischen Jugend Luxemburgs, die sich in letzter Zeit stark entwickelt hat, wurde zugestimmt. Genosse Aubry, Brüssel, erstattete einen Bericht über die Lage in Belgien und Frankreich. In Frankreich hat kürzlich ein Nationalkongress des Jugendverbandes stattgefunden, auf dem über eine Mitgliedszahl von 10.000 berichtet wurde. Bemerkenswert ist, daß es der französischen sozialistischen Jugend sehr gelungen ist, in allen Teilen Frankreichs festen Fuß zu fassen.

Einen wichtigen Beratungsgegenstand bildete die Frage des Kampfes der sozialistischen Jugend für die Abrüstung, der im nächsten Jahr im Hinblick auf die kommende Abrüstungskonferenz eine besondere Bedeutung erhalten wird. Das Büro nahm eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht, über die das Exekutivkomitee in seiner nächsten Sitzung zu beschließen haben wird. Die Stellung der Sozialistischen Jugend-Internationale zu den aktuellen Fragen des Kampfes für Jugendbeschäftigung, für die Abrüstung und für die Demokratie wurden in dem diesjährigen Maiauftrag festgelegt.

Für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit der Jugend und für den Jugendbeschäftigung sah das Büro folgenden Beschluß:

Das Büro der Sozialistischen Jugend-Internationale stellt fest, daß die durch die internationale Wirtschaftskrise hervorgerufene Massenarbeitslosigkeit immer größere Kreise der jugendlichen Arbeiter erfaßt. Die Sozialistische Jugend-Internationale fordert die ihr angeschlossenen Verbände auf, im Einvernehmen mit den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen alle Kräfte auf die Bekämpfung der Berufs- und Arbeitslosigkeit Jugendlicher zu konzentrieren. Das Büro empfiehlt im Sinne des Jugendbeschäftigungsprogramms der Sozialistischen Jugend-Internationale, folgenden Forderungen größte Aufmerksamkeit zu schenken:

1. Verkürzung der Arbeitszeit für Jugendliche.
2. Fürsorge für arbeitslose Jugendliche, insbesondere Heranziehung Jugendlicher zu Rotbandarbeiten, Förderung von Nachschulungskursen, Unterstützung für arbeitslose Jugendliche, Schaffung von Tagesheimstätten usw.
3. Gewährung eines gesetzlichen Erholungsurlaubs für Jugendliche.
4. Obligatorischer Besuch der Fortbildungs- und Berufsschule, nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch für jugendliche Hilfsarbeiter bis zum 18. Lebensjahr.
5. Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht.“

Die diesjährige Sitzung des Exekutivkomitees wird am 18. September im Reichsferienheim des deutschen Verbandes, Tännich in Thüringen, stattfinden. An wichtigeren Tagesordnungspunkten sind vorgesehen Vorträge über die Bedeutung der Demokratie für die internationale sozialistische Arbeiter- und Jugendbewegung, über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit der Jugend und über die sozialistische Werbung an Mittelschulen und Universitäten. Außerdem wird das Exekutivkomitee über die Einberufung des vierten internationalen Jugendkongresses und des dritten internationalen Jugenddirektors zu beschließen haben. Der Kongress wird voraussichtlich im Frühjahr 1932 in der Schweiz stattfinden, während das Jugendtreffen für 1934 in Aussicht genommen ist.

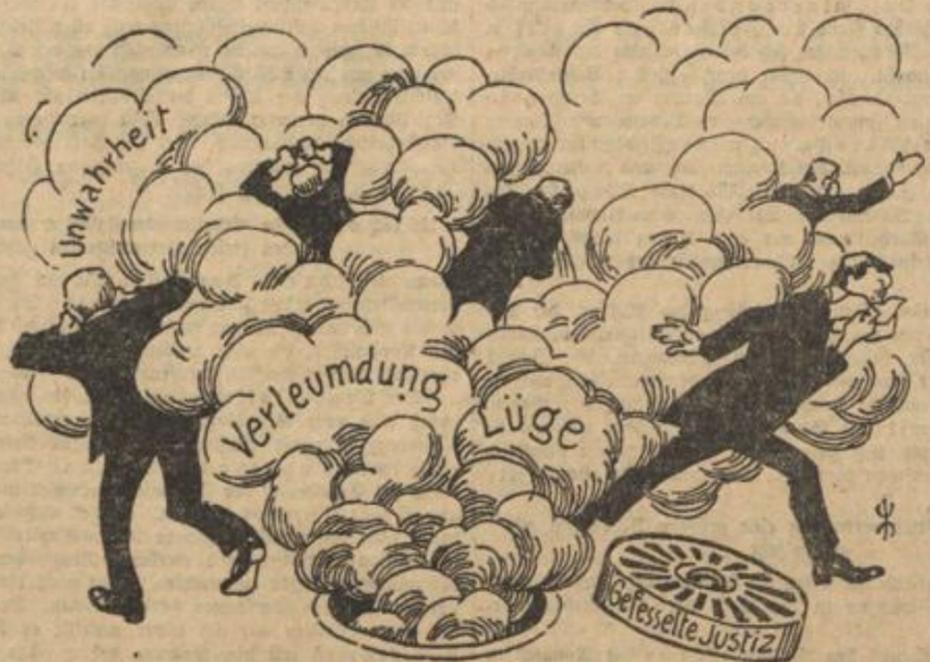
„Ritter Blaubarts achte Frau.“

Deutsches Künstlertheater.

Die neue Räuber-Romödie des Deutschen Künstlertheaters ist kein Ritterstück, sondern ein sogenanntes modernes Lustspiel. Der Autor Alfred Savoir zeichnet als Helden keinen blutigen Blaubart, sondern einen übergeuligen Millionär, der sich die achte Ehefrau zulegt und von ihr — drei Akte lang gezähmt wird. So geschieht, wie das Stück dramaturgisch gemacht ist, so dumm sind Anlage und Inhalt. Räuber-Romödie, Doktor Homotta und Mathias Blummann ernten mit Recht großen Beifall. Dgr.

Die Kloake.

Bei der Beratung des preussischen Justizhaushalts rücken selbst Deutschland und Sozialpartei von dem Verleumdungsbuch des Reich-Jarow ab.



Allen stinkt sie zu sehr!

Agrarprogramm gegen Wirtschaft.

Wirtschaftsministerium gegen Schieles Zollpläne.

Das Reichskabinett erledigte gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers laufende Angelegenheiten und verabschiedete u. a. den Entwurf eines zweiten Gesetzes über die Mändelsicherheit von Wertpapieren und Forderungen. Das Reichskabinett nahm dann den Vortrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über das künftige Agrarprogramm entgegen, wie es in ausführlichen Besprechungen mit den berufenen Vertretern der Landwirtschaft aufgestellt worden ist. An den Vortrag schloß sich eine eingehende Generaldiskussion an. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Zu dieser amtlichen Mitteilung erfährt die Telegraphen-Linien: Obwohl die Einwendungen gegen die Agrarvorlagen besonders vom Reichswirtschaftsministerium erheblich sind, rechnet man doch damit, daß die Beratungen des Kabinetts sehr bald abgeschlossen sein können, so daß die erste Ausdehnungsberatung im Reichsrat bereits am Donnerstag erfolgen könnte, wobei möglicherweise Reichskanzler Brüning die einleitende Begründung geben würde. Im Falle einer Beschleunigung der Beratung im Reichsrat und der Verabschiedung der Vorlagen durch das Reichsratsplenum bis Dienstag nächster Woche könnte dann die erste Lesung im Reichstag bereits im Reichstag an dem Haushalt des Reichsernährungsministeriums, jedoch ohne jede politische Verbindung, am Mittwoch beginnen.

Der Widerstand des Wirtschaftsministeriums.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ hat am Dienstag in durchaus tendenziöser Weise Teile aus einem Schreiben des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht, das dieser an die Reichsregierung gerichtet hatte und in dem er mit Rücksicht auf die handelspolitischen Folgen vor einer Ueberspannung der Zollprojekte warnt. Bei den engen Beziehungen des Agrarierbundes zum Ernährungsministerium braucht man sich über den Weg der Indiskretion kaum Zweifel hinzugeben.

Das Schreiben des Staatssekretärs alarmiert die Sorge um die Zukunft der deutschen Handelspolitik und der deutschen Wirtschaft. Es weist darauf hin, daß der handelspolitische Zusammenschluß der nordwesteuropäischen Staaten (Schweden, Dänemark, Norwegen, Niederlande und Belgien) ein Kennzeichen sei, das ernste Beachtung verdient. Es sei damit zu rechnen, daß ein zollpolitischer Konflikt Deutschlands mit einem dieser Staaten den nordeuropäischen Block zu einem gemeinsamen Vorgehen veranlassen wird. Da diese Staaten fast ein Viertel unserer Export aufnahmen, müßten Gegenmaßnahmen von ihrer Seite die schärfste Schädigung unserer Industrie zur Folge haben.

Dazu komme, daß die gleichzeitigen Wünsche des Gartenbaus nach einer Lösung der handelsvertraglichen Bindungen für Obst und Gemüse und nach Einführung eines Südfruchtmonopols unsere Beziehungen zu den südeuropäischen Ländern gefährde, während eine Erhöhung der Holzölzölle fast alle Staaten Nord- und Osteuropas treffe und von diesen schwerer einzuengen genommen werden würde. Angesichts der schweren Depression der deutschen Wirtschaft könne er, der Staatssekretär, dieser Entwicklung unserer Handelspolitik nur mit größter Sorge entgegensehen. Die Lösung der zollmäßigen Bindungen für Gemüse und Obst und die Einführung eines Südfruchtmonopols würde bei der Bedeutung der Ausfuhr von Obst und Gemüse für Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Jugoslawien usw. mit Sicherheit zu einer Aufhebung der Handelsverträge mit Italien und Spanien und mindestens zu einer Gefährdung der Verträge mit Frankreich und Holland führen. Daß eine derartig schwere Erschütterung unseres gesamten Handelsvertragsystems angesichts der günstigen Entwicklung unserer Ausfuhr nach diesen Ländern um der Obst- und Gemüseölle willen nicht verantwortet werden könne, brauche man nicht zu begründen. Innerwirtschaftlich müßten die Holzölzölle eine erhebliche Vertausung des Bauholzes zur Folge haben.

Der Staatssekretär weist dann eingehend nach, wie unbegründet die neuen Zollforderungen sind. Im Jahre 1930 ist z. B. die Einfuhr von Rindern um 30 Proz. gegenüber dem Jahre 1929, der Import von Fleisch und Speck um 20 Proz. und die Einfuhr von Fetten um 17 Proz. zurückgegangen. Bei Schweinen ist die Einfuhrsteigerung durch Erhöhung der Ausfuhr mehr als aus-

geglichen worden, so daß zum erstenmal ein Schweineausfuhrüberschuß erzielt werden konnte. Der Anteil der Einfuhr an inländischem Fleischverbrauch, der für 1929 bei Schweinefleisch auf annähernd 7 Proz. und bei Rindfleisch auf etwa 15 Proz. berechnet wurde, dürfte für 1930 auch bei Berücksichtigung des Konsumrückgangs nicht unmerklich geringer sein. Auch bei Butter ist 1930 mengenmäßig zum erstenmal ein gewisser Rückgang der Einfuhr eingetreten. Wertmäßig stellt sich der Einfuhrrückgang auf 20 Proz.

Um zu zeigen, wie man in Deutschland heute „Handelspolitik“ macht, sei darauf hingewiesen, daß die neuen Zollverschärfungen auch Zölle für Kaffeein vorzehen. Die deutsche Landwirtschaft aber deckt eben 6 bis 7 Proz. des deutschen Bedarfs. Nachschub steht es um die Flachszölle. Die deutsche Landwirtschaft deckt ungefähr den deutschen Bedarf zu 25 Proz. Wir sind unbedingt auf die Flachs-einfuhr aus dem Ausland angewiesen. Trotzdem verlangt man Flachsölle ...

Snowden und die Partei.

Erste Rede vor der Fraktion.

London, 17. Februar. (Eigenbericht.)

In der Fraktionsitzung der Arbeiterpartei führte Finanzminister Snowden aus, er habe zunächst verschiedene falsche Auslegungen seiner Unterhausrede zu berichtigen. Bei einigen guten Willen hätten niemals derartige Unrichtigkeiten herausgelesen werden können, die außerdem auch die finanzielle Stabilität Englands im Ausland zu gefährden drohten. — Die Zeiten und die wirtschaftliche Lage seien derartig, daß nicht so fortgefahren werden könne, als wäre alles normal. Snowden sagte:

Das Defizit des Staatsbudgets sei groß, und die Arbeiterregierung muß versuchen, es auszubalancieren.

Dies nur durch Steuern zu tun, wäre lediglich geeignet, die Lage des Volkes zu verschlimmern, bei dem jetzt immer wieder alle Steuern hängen bleiben würden. Der einfachste Weg zur Beseitigung des Defizits ist die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung gewesen. Das hat die Regierung jedoch abgelehnt, da eine solche neue Belastung für die Arbeiterschaft zu schwer ist.

Niemals, so fuhr Snowden mit großem Nachdruck fort, habe ich außerdem einen Gedanken an Lohnabbau gehabt. Wenn ich von dem Opfer sprach, das alle Teile des Volkes in der gegenwärtigen Situation zu bringen haben, so ist es das, daß die Arbeiterschaft vorübergehend auf einen weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge, die Familienpensionen, Aufnahme von größeren Anleihen usw. verzichten muß.

England hat im Krieg täglich drei bis fünf Millionen Pfund Sterling ausgegeben.

Wenn jetzt Lloyd George seine Pläne durch Riesenanleihen verwirklichen zu können glaubt, so sollte er daran denken, unter wessen Regierung die Kriegsschulden gemacht worden sind, die wir heute zu tragen haben und die ja Lloyd George durch entsprechende Steuern nicht gedeckt hat.

Die für die Kriegsschulden aufzubringenden Summen sind es, die uns heute fehlen und die wir heute für soziale Zwecke haben müßten.

Es wäre ein Verbrechen von mir, wenn ich der Labour Party nicht sagen wollte, wo wir stehen. Es ist die vornehmste Pflicht der Demokratie, daß die Führer ihrem Gesolge die Wahrheit sagen. Ich habe ein schweres Amt. Auf meinen Schultern liegt die ganze Schwere der ökonomischen Krise. Wenn man aber bei jedem Schritt mit Vertheidigung behandelt und jeder Schritt verdächtigt wird, dann wird das Amt unerträglich. Ich weiß jedoch aus meiner Kenntnis der Arbeiterbewegung, wenn es gilt, den harten Taffachen ins Gesicht zu sehen, weiß die Arbeiterbewegung immer wieder, sie zu meistern.

Heine-Ehrung in Paris. Auf dem Pariser Friedhof Montmartre wurde am Dienstagvormittag anlässlich des 75. Todestages Heinrich Heines von der Stadt Düsseldorf ein Kranz niedergelegt. Zu der Feier waren fünf Deutsche und drei Franzosen erschienen, außerdem drei französische Journalisten und Photographen.

Im Schützengraben des Betriebs.

Reichsbetriebsrätekonferenz des Gesamtverbandes.

Der Zustand des Gesamtverbandes zur Betriebsrätebewegung des Frühjahr stand im Zeichen des Angriffs. Die freigeordneten Arbeiter sind sich der Bedeutung des Kampfes um die Betriebe bewußt, und daher brach auf der Betriebsrätekonferenz des Gesamtverbandes, die am Montag im Berliner Gewerkschaftshaus begann, immer wieder aus Debatte und Vortrag spontane Rufschall- und Ausrufe mit den Feinden der organisierten Arbeiterbewegung, mit den Kommunisten und Nationalsozialisten, und wie eine Fanzare wirkte die Rede Körpels, des Arbeitsrechters des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit fesslender Klarheit und aus dem Vollen schöpfend zwei Stunden sich die gespannteste Aufmerksamkeit der Konferenz zu sichern verstand.

Körpel aderte tief. Seine Darstellung des Wesens, der Bedeutung, des Zwecks und des Ziels des Betriebsrätegedankens wirkte wie ein Scheinwerfer. Gegenüber den Schwärmern, die „schnell fertig mit dem Wort“, das Betriebsrätegesetz herunterreißen, weil sie es aus Unfähigkeit nicht zu handhaben und auszunutzen verstehen, und weil sie nicht mit den Gewerkschaften, sondern gegen sie arbeiten, zeigte Körpel, daß zum Wohle der Belegschaft unendlich viel Gutes geleistet werden kann und muß, und zwar auch heute schon.

Nie hatte die Betriebsvertretung eine größere Bedeutung wie gerade jetzt

In den Tagen der furchtbaren Krise, wo Tarifvertrag, Lohn, Urlaub — kurz alle Verbesserungen in der Lage der Arbeitnehmer bedroht sind.

Schwer ist der Kampf, den die Gewerkschaften seit Monaten in der Verteidigung ihrer stark bedrohten Front führen. In diesem Kampf fällt den Betriebsräten eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie müssen im Schützengraben des Betriebs, in der vordersten Stellung — nicht blind drusslos, sondern in Ueber einstimmung mit der Taktik der Gewerkschaften zu handeln verstehen. Sie können das mit Erfolg tun; denn von Tag zu Tag zeigt sich immer deutlicher, daß trotz aller Verluste und Schwierigkeiten die Entwicklung nicht gegen, sondern mit den Gewerkschaften ist. Das Kapital hat sich mit seiner neuen Marschrichtung: Keinen Umstoß großer Kräfte, in eine Sackgasse verkannt,

und die Arbeiterschaft stünde angesichts der moralischen Pleite der kapitalistischen Wirtschaftsführung trotz aller Arbeitslosigkeit nicht so schlecht da, wie sie da steht, wenn nicht von den 20 Millionen Arbeitnehmern nur erst 6 Millionen organisiert wären, und wenn nicht im Befreiungskrieg der Arbeit die Arbeiterfront durch die Nazi- und Kazi-Phrasen verwirrt würde. Wir marschieren trotz alledem, wie die Erhebung des ADGB über die Zahl der Arbeiterräte in den Hauptindustrien während des vergangenen Jahres darstellt. Das Ergebnis der Erhebung lautet:

156 145 amtierende Arbeiterratsmitglieder; davon 135 700, die zu den freien Gewerkschaften gehören.

Wenn diese 135 000 Vorposten und mit ihnen alle freigeordneten Arbeiter, alle die unbekanntem Soldaten auf ihrem Posten sind, dann wird man nach den diesjährigen Betriebsräte wahlen den Kapitalisten, die nicht wollen, daß die Welt sich sozialpolitisch vorwärts bewegt, deutlich zurufen: Und sie bewegt sich doch!

Der Organisationsplan, für den nach dem Zusammenschluß eine neue Grundlage geschaffen werden mußte, ist von der Konferenz in neuer Fassung nach einigen kleinen Änderungen einstimmig angenommen worden. Die einseitigen Vorträge zur Erörterung der Organisationsfragen waren von Riedel und Scherff erstatet worden. Riedel mahnte zur Vorsicht, damit nicht unter falscher Flagge Nationalsozialisten in die Gewerkschaftslisten eingeschmuggelt werden. Desgleichen seien die Wahlbestimmungen genau zu beachten, damit nicht die Wahlen hinterher von den Gegnern angefochten werden können. Bei den Wahlen seien die Gewerkschaften auf sich selber gestellt; es könne daher kein Kompromiß mit den Gegnern geben. Die Wahl sei diesmal ganz besonders eine Kraftprobe. Sie müsse zeigen, wo die Arbeiterschaft stehe.

Scherff beleuchtete den schon jahrelang währenden Kampf um ein Beamtenvertretungsgesetz. Der hierzu von Sennering geschaffene Entwurf sei nunmehr dem Reichsrat zugeleitet worden. Hoffentlich komme nun einmal endlich was Vernünftiges heraus. Beamte und Arbeiter müßten gemeinsam für die Förderung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer eintreten; jede Abstinenz der Beamtenschaft in der Mitbestimmungsfrage schädige die gesamte Arbeitnehmervertretung.

Die Arbeitslosen lehnen Lohndruck ab.

Duisburg, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Eine von den Gewerkschaften und dem Betriebsrat der Hütte Ruhrort-Weiderich einberufene Versammlung der früher auf dem Werk beschäftigten und jetzt erwerbslosen Arbeiter lehnte den Vorschlag des Duisburger Oberbürgermeisters auf Wiederaufnahme der Arbeit bei einem 20prozentigen Lohnabbau einstimmig ab. Am Mittwoch finden Belegschaftsversammlungen statt, die sich ebenfalls mit dem Vorschlag des Duisburger Oberbürgermeisters befassen werden.

Die Gewerkschaften haben inzwischen ein Flugblatt verbreitet, in dem die Arbeiter und Erwerbslosen gemahnt werden, in der gegenwärtigen Not unüberlegt zu handeln und den Tarifvertrag zu zerbrechen.

Die „Arbeitsgarantie“ der Stahlwerke.

Hamborn, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Die Vereinigten Stahlwerke (Bergbau Hamborn) haben Antrag auf Entlassung von 1500 Bergarbeitern gestellt. Die Entlassung, die zum 1. März erfolgen soll, wird mit der bevorstehenden Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weiderich begründet.

BVG. Belegschaft für freie Gewerkschaften. Gegen Zersplitterung und Bruderkampf.

In einer gutbesuchten Versammlung der Dienststellen der Abzug und der Wagenbauwerke am Montag, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und vom Gesamtverband einberufen war, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute, am 16. Februar 1931, im Verbandshaus der Metallarbeiter tagende freigewerkschaftliche Versammlung der BVG (Abzug-Wagenbauwerke) ist mit den Ausführungen und der Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses, vertreten durch den Kollegen Bolt, des örtlichen Betriebsrats Vogel und der Organisationsvertreter vollinhaltlich einverstanden. Die Versammelten geloben bei der diesjährigen Betriebsratswahl alle Kräfte anzuspannen, um jede Zersplitterung von links und rechts abzuwehren, indem für die Kollegen der BVG nur die freigewerkschaftliche Liste zu wählen ist. Die Versammelten wollen hiermit dokumentieren, daß die BVG-Arbeiter erkannt haben, daß jede Zersplitterung im Betriebe ein Fiasko für die Kollegen bedeutet. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit dem Bruderkampf, daher alle Stimmen für die Liste der freigewerkschaftlichen Betriebsräte!“

Ein kommunistischer Musterbetrieb.

Lohnabbau — Entlassungen — Ueberstunden.

Paradiesische Zustände herrschen im kommunistischen „Peusag“-Betrieb in Düsseldorf. Dort gibt es, wie der Ortsverein Düsseldorf im Verband der Deutschen Buchdrucker in seinem Jahresbericht für 1930 meldet, einen Arbeitskonflikt in Permanenz. „Schon die Latzache“, so meldet der Jahresbericht, „daß dieser Betrieb als erster in Düsseldorf dazu überging, die Beistellungslöhne einiger mitleidiger Kollegen bis zum nackten Tariflohn abzubauen — Lohnabbau bis zu 19 März wöchentlich —, charakterisierte diesen Arbeiterbetrieb.“ Mit Hilfe der kommunistischen Betriebsratsmehrheit wurden Entlassungen forciert, trotzdem Ueberstunden und Sonntagsarbeit seitens der Streikbrecher und anderer Unorganisierter in erheblichem Umfange — ja im Teil sogar ohne Bezahlung — geleistet wurden. Als dann bei der Betriebsratswahl im März unsere Kollegen mit knappen Stimmverhältnissen die Mehrheit im Betriebsrat eroberten, wurden die Verhältnisse noch schlimmer. Dreimal versuchte man, die freigewerkschaftliche Betriebsratsmehrheit zu beseitigen, man genierte sich auch nicht, das von dieser Seite sonst so verpönte Arbeitsgericht dafür in Anspruch zu nehmen, doch in jedem Falle unterlagen die Saboteure am Arbeitsgericht.

Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen!

Der Streik bei der Firma Carl Sabo, Wilhelmstraße 132, ist beendet. Die Streitigkeiten sind im Wege friedlicher Verständigung erledigt worden. Die ausgesprochene Sperre wird hiermit aufgehoben.

Die Ortsverwaltung.

Zur Beilegung der Differenzen mit der Zuckwarenfirma Hermann Nechel, Berlin-Reinickendorf, sind Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband eingeleitet.

Deutscher Betriebsratsarbeiter-Verband, Berrensmühlener, Motoren, Dampfer, 19 Uhr. Betriebsratsversammlung in den Kaministen, Kommandantenstraße 25-26, 1. Jahrsbericht, 2. Ratwahlen, 3. Vorschläge für die Wahlen der Preisrichter, 4. Erläuterung der Aufgaben des Betriebsrats durch die Betriebsratler. 5. Glückwünsche anlässlich des Jubiläums des Betriebsratsarbeiters, welche mit dem Beitragen aller Kollegen im Hinblick auf die Zukunft des Betriebs nicht länger als 4 Wochen im Rückstand sein dürfen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Mittwoch, 19. Feb. 1931. In der Gruppe: Paarschulenwesen; Jugendheim Grottel, 16. Kreis-Walden-Alten, — Werkstatt; Gruppenleiter: Benschel, 9. L. Jahrsbericht, 2. Ratwahlen, 3. Vorschläge für die Wahlen der Preisrichter, 4. Erläuterung der Aufgaben des Betriebsrats durch die Betriebsratler. 5. Glückwünsche anlässlich des Jubiläums des Betriebsratsarbeiters, welche mit dem Beitragen aller Kollegen im Hinblick auf die Zukunft des Betriebs nicht länger als 4 Wochen im Rückstand sein dürfen.

Jugendgruppe des Verkehrsverbandes der Anwaltschaften

Deuts. Mittwoch, 17. Feb. 1931. In der Gruppe: Paarschulenwesen; Jugendheim Grottel, 16. Kreis-Walden-Alten, — Werkstatt; Gruppenleiter: Benschel, 9. L. Jahrsbericht, 2. Ratwahlen, 3. Vorschläge für die Wahlen der Preisrichter, 4. Erläuterung der Aufgaben des Betriebsrats durch die Betriebsratler. 5. Glückwünsche anlässlich des Jubiläums des Betriebsratsarbeiters, welche mit dem Beitragen aller Kollegen im Hinblick auf die Zukunft des Betriebs nicht länger als 4 Wochen im Rückstand sein dürfen.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geier; Schriftf.: G. Klingelbecker; Druck: Verlagsanstalt „Die Arbeiter“, Berlin; Vertrieb: Verlagsanstalt „Die Arbeiter“, Berlin; Druck: Verlagsanstalt „Die Arbeiter“, Berlin; Vertrieb: Verlagsanstalt „Die Arbeiter“, Berlin.

Der Arbeitsmarkt Ende Januar.

Arbeitslosenelend. — Arbeitsstreckung setzt sich durch.

Im Januar stieg die Flut der Arbeitslosigkeit weiter an. Eine Verschlechterung war in der Konjunkturgruppe wie auch bei den Saisonberufen zu verzeichnen. Hier und dort erreichten die Arbeitslosenzahlen eine noch nicht dagewesene Höhe, die Spitzenzahlen von Ende 1923, vom Frühjahr 1926 und vom Winter 1929 wurden weit übereroffen. Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos bzw. standen in Kurzarbeit:

Monatsende:	1930/31			dagegen 1929/30		
	in der Konjunkturgruppe	in der Saisongruppe	zusammen	in der Konjunkturgruppe	in der Saisongruppe	zusammen
Oktober	19,4	43,3	24,0	9,2	17,7	11,0
November	20,6	51,1	26,3	10,2	28,6	13,8
Dezember	24,3	64,3	31,8	12,8	51,1	20,3
Januar	25,8	72,8	34,5	14,2	55,3	22,2
	standen in Kurzarbeit					
Oktober	17,8	2,1	14,8	8,1	1,1	6,7
November	18,5	3,4	15,6	8,6	2,1	7,3
Dezember	19,5	2,7	16,3	9,4	3,5	8,2
Januar	22,6	2,3	18,8	12,9	2,2	10,6

In der Regel fällt der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit etwa auf Mitte Februar. Dementsprechend wäre anzunehmen, daß der erschütternde Zustand von Ende Januar sich seitdem weiter verschlechtert hätte. In der Saisongruppe entsprach die Entwicklung der Beschäftigung im Januar dem saisonüblichen Rhythmus; zwar war die Witterung nicht ungünstig, aber die meisten Bauarbeiten näherten sich ihrem Ende.

In der Konjunkturgruppe war die Entwicklung nicht so einheitlich; hier zeigen sich mehrere Tendenzen, die sich teils decken, teils widersprechen.

Zunächst ist der Januar auch für die Konjunkturgruppe ein recht ungünstiger Monat, so daß sich hier ein Teil der Zunahme der Arbeitslosenzahl auf Saisoninflüsse zurückführen läßt. Dieser Einfluß fällt aber nicht schwer ins Gewicht neben dem Abgleiten der Konjunktur, das sich etwas verlangsamt hat, zum Stillstand aber noch nicht gekommen ist. In erster Linie gilt dies für den Bergbau, die Metallindustrie, chemische Industrie, Textilindustrie, das Holzgewerbe, Berufsberatungsgewerbe u. a. m.

	waren arbeitslos			standen in Kurzarbeit		
	Ende Nov.	Ende Dez.	Ende Jan.	Ende Nov.	Ende Dez.	Ende Jan.
Bergarbeiter	9,4	10,6	12,5	18,9	22,9	27,7
Metallarbeiter	25,5	28,0	29,6	25,6	26,9	27,9
Chemische Industrie	19,5	22,0	23,2	19,7	20,3	21,6
Textilindustrie	19,6	21,1	22,6	40,3	40,9	43,8
Buchdrucker	20,2	22,0	22,3	4,4	4,2	4,4
Lithographen	23,2	25,7	26,8	10,4	13,0	14,9
Buchbinder	20,2	23,4	25,5	16,9	18,5	33,0
Holzarbeiter	38,2	46,3	49,7	14,3	13,6	14,8

Aus besonderen Gründen (Steigerung der Tabaksteuer) läßt sich die gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie erklären: Die Zahl der Arbeitslosen stieg hier von 42,9 Proz. auf 58,5 Proz., diejenige der Kurzarbeiter von 10,7 Proz. auf 18,6 Proz. an.

Etwas hemmend wirkte im Januar auf das Ansteigen der Arbeitslosigkeit die Arbeitsstreckung, die im Berichtsmont zum ersten Male nennenswerte Fortschritte aufwies: in einer ganzen Reihe von Berufen wurde die Vermehrung der Arbeitslosigkeit verhindert oder sogar die Zahl der Arbeitslosen etwas herabgedrückt, weil die Arbeitszeit der Beschäftigten verfürzt wurde.

Eine gewaltige Arbeitsstreckungsaktion ist im Organisationsbereich des Gesamtverbandes im Gange. Im Januar stieg hier die Zahl der verfürzt Arbeitenden von 2,5 Proz. auf

10 Proz. an, wobei allerdings auch die Vollarbeitslosigkeit von 9,5 Proz. auf 10,5 Proz. angewachsen ist.

	waren arbeitslos			standen in Kurzarbeit		
	Ende Nov.	Ende Dez.	Ende Jan.	Ende Nov.	Ende Dez.	Ende Jan.
Vorglasindustrie	23,1	32,2	31,0	27,3	27,6	34,6
Maschinen	14,5	17,4	17,4	15,2	16,2	16,9
Lehrer	19,2	24,0	22,5	22,1	21,4	30,1
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	13,4	16,0	15,7	17,2	19,0	22,7

Wie gesagt ist die Lage des Arbeitsmarktes trostlos; weniger als 50 Proz. der Arbeiterschaft sind noch vollbeschäftigt. Eine entscheidende Besserung der Lage durch die Arbeitsstreckung kommt nicht in Frage. Aber auch wenn nur einige Hunderttausende auf diesem Wege in die Produktion einzuschalten sind, muß dies gesehen. Die Entwicklung im Berichtsmont bringt uns einen Beweis dafür, daß auf diesem Gebiet ein weiterer Erfolg immer noch möglich ist.

Herrn Dr. Jarres ins Stammbuch.

Ein Schreiben des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Unterm 17. Dezember richtete der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes an Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg, das folgende Schreiben:

„Aus der Presse und durch unseren Bezirksleiter Wolf-Essen haben wir Kenntnis davon erhalten, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, zum Zwecke der Verhinderung der Stilllegung des Stahlwerkes Ruhrort-Weiderich an jeden einzelnen Arbeiter schriftlich mit dem Ersuchen der Zustimmung zu Ihrem Vorschlag einer zwanzigprozentigen Lohnkürzung herangetreten sind.“

So sehr wir auch vom Standpunkt der Stadtverwaltung Duisburg Ihre Bemühungen zur Verhinderung der Stilllegung — die auch wir im Interesse der Arbeiter wünschen — verstehen können, so müssen wir doch entschieden Verwahrung gegen diese Art der Vermittlung in dem schwebenden sozialen Streitfall einlegen. Die Abstimmung der Arbeiter liegt vor; sie ist als Willensäußerung zu respektieren. Die Herbeiführung einer nochmaligen Abstimmung — noch dazu von unbefugter Seite — ist nach unserer Auffassung im höchsten Grade zu bedauern. Sie sucht zudem die durch die Wirtschaftskrise eingeleitete Senkung der Gestehungskosten für industrielle und gewerbliche Erzeugnisse einseitig auf die Lohnseite zu verlegen und läßt damit alle anderen Faktoren der Preisbildung außer Betracht. Ein im höchsten Grade einseitiges und ungerechtes Verfahren.

Als Träger des Tarifvertrages für die Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie seitens der Arbeiter machen wir besonders darauf aufmerksam, daß der Vorschlag einer durchschnittlichen zwanzigprozentigen Lohnkürzung für das Hüttenwerk Ruhrort-Weiderich einen Eingriff in den bestehenden Tarifvertrag bedeutet. Sogar die niedrigen Stundenlöhne der Hilfsarbeiter mit 68 Pf. sollen um 12 Proz. gesenkt werden. Von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, als Träger der öffentlichen kommunalen Gewalt, müssen wir besonders den Schutz bestehender Verträge im Stadtgebiet Duisburg verlangen. Würde das in jedem Stadium der Verhandlungen zur Verhinderung der Stilllegung des Stahlwerkes Ruhrort-Weiderich mit Nachdruck geübt sein, dann sind wir fest davon überzeugt, daß die Leitung der Vereinigten Stahlwerke zu einem anderen und vernünftigeren Standpunkt in der Stilllegungsfrage gekommen wäre.

Insbesondere können die Hüttenwerke angesichts der bedrohlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes auch an der Frage der Verkürzung der viel zu langen Arbeitszeit nicht mehr vorbeigehen. Auch hier liegen Möglichkeiten zur Vermeidung der Stilllegung vor, die unverzüglich — wenn nötig durch gesetzliche Maßnahmen — ergriffen werden müssen.“

Gegen den Massenabbau. Wichtige sozialdemokratische Forderungen im Rathaus.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bringt in der kommenden Sitzung des Stadtparlaments am Donnerstag folgende für die Arbeiter und Angestellten der Stadt Berlin wichtige Dringlichkeitsanträge ein:

Der Magistrat hat durch Verfügung vom 14. Februar 1931 (Zln. III. 1) den Zentralverwaltungen und Bezirksämtern aufgegeben, für das Rechnungsjahr 1931 eine Verminderung der Personalausgaben herbeizuführen. Infolgedessen sind Massenentlassungen von Angestellten erfolgt, so daß eine ordnungsmäßige Erledigung der Verwaltungsgeschäfte gefährdet ist. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Dem Magistrat zu ersuchen, umgehend der Stadtverordnetenversammlung in einer besonderen Vorlage mitzuteilen, welche Gründe zum Erlaß der Verfügung maßgebend waren und bis zur Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung zu dieser Vorlage keine Entlassungen auszusprechen und die bisher ausgesprochenen Entlassungen zurückzunehmen.

Um die Bauarbeiterschuttkontrollen.

Weiter bringt die sozialdemokratische Rathausfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

Der Magistrat hat Bauarbeiterschuttkontrollen gestrichelt. Anzeichen wird diese Maßnahme auch mit der Verminderung der Hochbauaktivität begründet. Die bisherige Zahl der Bauarbeiterschuttkontrollen war nach den gemachten Erfahrungen un-

genügend. Eine tatsächliche Verminderung der Bauaktivität würde den gegenwärtig arbeitenden Bauarbeiterschuttkontrollen eine immer wieder verlangte systematische Arbeit erst ermöglichen, die der von diesen Kontrollen zu tragenden Verantwortung entspricht. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Kündigung von Bauarbeiterschuttkontrollen zurückzuziehen und neue Kündigungen nicht auszusprechen.

Wie wir dazu noch erfahren, handelt es sich um Einsparungen, die der Magistrat infolge der Finanzlage der Stadt Berlin zu machen beabsichtigt. Diese Einsparungen sind aber so gehandhabt worden, daß man einfach soviel Angestellte gekündigt hat, wie notwendig ist, um auf die vom Magistrat gewünschte Summe zu kommen. Es wurden Angestellte gekündigt, die gar nicht entlassen werden können, wenn die Betriebe aufrecht erhalten werden sollen, z. B. Krankenpfleger, die bereits überlastet sind. Die ganze Aktion wurde durchgeführt, ohne daß der Magistrat mit den Gewerkschaften, mit denen er im Vertragsverhältnis steht, oder auch nur mit dem Gesamtbetriebsrat in Fühlung getreten wäre.

Ein derartiges Verfahren muß um so mehr überraschen, als der Magistrat erst vor kurzer Zeit mit dem Gesamtverband eine Vereinbarung zur Verhütung von Entlassungen von Arbeitnehmern getroffen hat. Wir erwarten, daß der Magistrat, wenn wirklich Angestellte überflüssig sein sollten, was wir noch keineswegs für erwiesen halten, auch hier den Weg der Verständigung beschreitet.

Die Berlin-„Novelle“.

Zweite Lesung im Ausschuss beendet.

Der Gemeindevorstand des Preussischen Landtags hat gestern die zweite Lesung der fragwürdigen Zentrums-„Novelle“ zum Berlin-Gesetz beendet. Der Appell der Sozialdemokratie, das Stadtlager vor kleinlichen Parteinteressen voranzuführen und der Vernunft den Weg zu bahnen, ist bisher ohne Erfolg geblieben. Es ist jedoch zu hoffen, daß der Landtag das wieder gutmachen wird, was im Ausschuss angeht worden ist.

Es wurde noch eine Reihe von Änderungen gegenüber der ersten Ausschussfassung beschlossen. Der Magistrat oder eine Mitglieder des Hauptausschusses kann nach dem bereits gefassten Beschluß verlangen, daß eine Angelegenheit, die dem Hauptausschuss übertragen ist, der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung und Beschlußfassung vorgelegt wird. Nach der Zustimmung der Vorlage der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses der Zustimmung des Magistrats. Verlegt dieser die Zustimmung, so sind die Gründe der Verlegung der betreffenden Körperschaft mitzuteilen. Erhält darauf keine Verständigung, so sollten nach der Vorlage Magistrat und Hauptausschuss in gemeinsamer Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters beschließen. Diese Bestimmung wurde dahin geändert, daß nicht ein solcher Beschluß maßgebend sein soll, sondern daß der Oberpräsident die Entscheidung fällen soll. § 7, der die Zusammenfassung des Magistrats betrifft, wurde wie folgt gefasst: „Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, zwei Bürgermeistern als seinen Stellvertretern, neun beabsichtigten und zwölf unbedingten Stadträten“. Ferner wurde beschlossen, daß die unbedingten Bezirksamtsmitglieder in gleicher Weise wie die Bezirksverordneten zur Sitzung geladen werden; Desernaten zur Verwaltung

sollen sie nicht haben. Auf Antrag des Magistrats oder eines Bezirksamtes kann die Zuständigkeit der Zentrale und der Bezirke abgeändert werden, wenn das in § 23 des alten Gesetzes vorgeordnete Schiedsgericht zustimmt. Die Wiederherstellung der Öffentlichkeit der Bezirksversammlungen wurde abgelehnt.

Mittwoch nachmittag soll die Redaktionskommission zusammenzutreten. In einer späteren Abend Sitzung soll sodann der Bericht festgestellt werden.

Raubüberfall im Treppenhaus.

Einundsechzigjährige von zwei Burschen niedergeschlagen.

Ein gemeiner Überfall wurde gestern von zwei jungen Burschen auf die 61jährige Frau Rosalie Biermann im Hause Colbringer Straße 81 verübt.

Frau B. hatte in der Nachbarschaft einige Besorgungen gemacht und begab sich zu ihrer im zweiten Stockwerk des Vorderhauses gelegenen Wohnung hinauf. Als die alte Frau aus ihrer Ederstühle die Schlüssel herausnehmen wollte, fielen zwei junge Burschen, die ihr unauffällig nachgegangen waren, über sie her. Durch mehrere Fausthiebe streckte einer der Täter Frau Biermann nieder. Dann entriß die Räuber die Geldbörse der Toten und stürzten in wilden Sätzen die Treppe hinunter. Obgleich Frau B. noch die Kraft hatte, um Hilfe zu rufen, wodurch mehrere Hausbewohner aufmerksam wurden und hinzueilten, gelang es den jugendlichen Verbrechern, trotz der sofort ausgedrückten Verfolgung zu entkommen.

Die geraubte Tasche enthielt 50 Mark bares Geld und eine Invalidentasche. Es wird angenommen, daß die Täter die alte Frau schon bei ihren Einkäufen längere Zeit beobachtet haben und ihr dann heimlich in das Haus gefolgt sind.

Käte, die stille Teilhaberin.

Schwerer Mißbrauch einer Vertrauensstellung.

Der Patentanwalt A. machte in den letzten Jahren die unangenehme Feststellung, daß trotz wachsenden Geschäftsganges sein Bankkonto kaum zunahm. Wiederholt besprach er diese auffällige Tatsache mit seiner Büroangestellten Käte Boitt, die seit 1924 bei ihm tätig war und eine Vertrauensstellung einnahm.

Erst Ende des vorigen Jahres bekam der Patentanwalt eine ganz andere Lösung des Rätsels. Es stellte sich heraus, daß Käte sich selbst zur heimlichen Teilhaberin am Geschäft gemacht hatte. Sie hatte 30 000 bis 40 000 M. Gelder untergeschlagen, indem sie die Bücher fälschte und dann mit Hilfe ihrer Generalvollmacht Gelder vom Postkonto für sich abbob.

Käte war von früher her an ein kottes Leben gewöhnt. Aus guter Familie stammend, war sie bereits in jungen Jahren auf Mütterchen geraten. Dafür sprach ihr Vorstrafenregister mit 28 Nummern. Dreimal war sie wegen Diebstahls und einmal wegen Führung eines falschen Namens bestraft. Die übrigen Strafen entfielen auf Sittenpolizeiübertretungen. Im Geschäft machte niemand etwas davon. Die Unterschlagungen nahmen einen Riesenumfang an, als Käte Ende 1929 den Sportlehrer Hans W. kennenlernte, der früher Filmschauspieler war und dann Kostümbücher. Bei ihm nahm Käte Sportunterricht im Eislaufen und zahlte täglich 30 bis 40 M. Aus der Freundschaft zwischen Lehrer und Schülerin wurde bald ein inniges Verhältnis. Täglich besuchte man kostspielige Lokale, und W. konnte sich täglich aus dem Portemonnaie seiner Freundin ein Taschengeld von 10 bis 15 M. herausnehmen. Als Käte sah, daß die Sache im Geschäft so leicht ging, ersparte sie sich die Mühe mit den Fälschungen und Nachrechnungen und unterschlug einfach die Sache, die sie ihrem Freunde gab, damit er sie einfacher und auf sein Bankkonto einzahle. Im letzten Jahre wurden nicht weniger als 20 000 M. unterschlagen.

Nun hatte sich Käte B. wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug und Unterschlagung vor dem Schöffengericht Tempelhofer Feld verantworten. Mitangeklagt waren der Sportlehrer W. und ihre Schwester Frau v. W. wegen Hehlers. Das Gericht verurteilte Käte B. zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis, den Sportlehrer W. zu acht Monaten Gefängnis und Frau v. W. zu drei Monaten Gefängnis.

Holländischer Bilderstürmer.

Ein berühmtes Rembrandt-Gemälde stark beschädigt.

Amsterdam, 17. Februar.

Auf das berühmte Rembrandt-Gemälde „Das anatomische Kolleg“, kurz als „Anatomie“ bekannt, das im hiesigen Reichsmuseum hängt, ist heute nachmittags ein Anschlag verübt worden. Ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren, anscheinend ein Handwerker, wurde dabei betroffen, wie er sich mit einem Messer an dem Gemälde zu schaffen machte. Es stellte sich heraus, daß das Bild an fünf Stellen schwer beschädigt wurde. Der Täter, ein Holländer, wurde der Polizei zugeführt. Mehrere Personen und über das Motiv der Tat besteht noch völlige Unklarheit; um die Absicht eines Diebstahls scheint es sich nicht zu handeln.

Glücklicherweise handelt es sich bei dieser Tat eines offenbar Geisteskranken nicht um die berühmte Anatomie des Dr. Tulp, sondern um ein älteres, bereits früher durch Brand beschädigtes Gemälde, das nur noch ein Fragment ist.

Feuer in den Esha-Becken. Die Feuerwehr wurde in den letzten Tagen nach den Esha-Becken in Brit. Tempelhofer Weg, alarmiert, wo im sogenannten Mäuerhaus Feuer ausgebrochen war. Die Flammen wurden unter Einsatz von vier Schlauchstellungen und neben Rauchschuttsgeräten in zweifachiger angestrengter Tätigkeit niedergelämpft.



Andreas Korn geht an seine Hofarbeit, während Luise doch noch am Dielenfenster bleibt. Papendiek überwacht mit weitausholenden Armbewegungen und Stenortimme das Ausladen der ersten Möbel; die sturmgepöhlten Packer jubeln bei jedem Wort nervös zusammen, würden auch wohl streifen — allein die goldene Uhrkette verheißt reichliches Trinkgeld. Bald hat Papendiek diese Käserarbeit auch satt und — Frau Korn schließt hastig das Fenster und macht sich im Hofe zu schaffen — und kommt mit Vene auf Korn's Haus zu, um sie vorzustellen. Das gefällt Luise; er ist also ein höflicher Mann, und das schätzt sie.

Als die beiden dann aber heran sind und die ersten Begrüßungsworte getauscht werden, bemerkt sie, daß Vene's Lippen geschwunden sind; das mißfällt ihr. Vene fühlt das erweichende Mißtrauen und will es beseitigen; ihr Blick fällt auf den angeschirrten Hans, und sie findet ihn einfach süß. „Werde sind nicht süß“, belehrt sie ihr Vater. „Pferde sind leicht oder schwer. Dies ist ein leichtes Pferd. Wir werden morgen zwei andere Pferde bekommen — schwere Belgier!“

Das läßt in Andreas eine Wunde zuken: Belgier, die hatten sie zu Haus in Mitteldeutschland. „Eignen sich nicht sehr für diesen Boden“, sagte er ärgerlich.

„Was?“ donnert Papendiek, die Uhrkette läutet Sturm. „Die Einführung schwerer Pferderrassen auch auf sandigem Boden ist in ständiger Zunahme begriffen, so weit sie allerdings nicht an den teuren Preisen scheitert.“

Vene beschwört die aus den Ratgeberzitate aufsteigende Gefahr: sie schreit leise auf und zeigt auf einen Habicht, der gerade fünfzig Meter vor ihr niederschlägt.

Andreas läßt los, laut schreitend: es war zu spät. Der Habicht folgt wieder auf, ein Huhn in den Fängen. Korn kehrt mit ein paar blutigen Federn in der wutbürgernden Hand zurück. Luise sind die Tränen nahe; es ist nicht das erste Huhn in diesem Frühjahr.

„Wie können Sie aber auch sowas machen?“ dozieren Papendiek. „Sehen Sie, ich werde das ganz anders einrichten. Wenn die Hühner freien Auslauf —“

Er unterbricht sich. Denn Andreas sieht ihn an mit einem Blick von oben nach unten, als wolle er den ganzen Papendiek verschlingen; dreht sich dann herum und spricht dazu eine Einladung aus... eine Einladung, die Luise nur ein gehauchtes „Aber Andreas!“ übrig läßt.

Papendiek hat keine Worte; hat nur Schaum, der ihm mutweh vors rote Gesicht tritt. Er ballt die riesigen Fäuste, stampft hin und her.

Vene aber scheint Humor zu haben: „Das ist doch nicht so schlimm, Vater! Sogar Gochke hat das gesagt!“

„Aber nicht zu mir!“ rüch Papendiek. Da er das für einen guten Abgang hält, dreht er sich um und stampft davon. Vene entschuldigt sich und ihn mit verstohlenen Gesten und geht ihm langsam nach.

Es ist merkwürdig, daß Korn's jeht so oft von den Abenden in der Bauhütte sprechen, wenn sie nach der Arbeit in der Küche sitzen.

Entweder es kommt so: daß der Wind, der früher frei über die Heide pfliff, machtlos ums feste Haus rennt und sich endlich aufs Winkeln verlegt und im Schornstein um Einlaß bittet, und daß Luise dann fragt: „Weißt du noch, wie's in der Bauhütte zog?“

Oder es kracht ein Kien im Herde besonders laut, und Andreas lächelt: „Weißt du noch, wie der Ofen in der Bauhütte bullerte?“

Und sie sagen sich laut, daß es hier viel besser sei, und brauchen doch schon das Licht der Erinnerung, um die Gegenwart zu erhellen. . . und Andreas geht ans Fenster und blickt zur Bauhütte hinüber, die schief im Herbststurm steht; denn es ist Herbst geworden, der Sommer hatte so schnelle Schritte heuer, er ist an der Gerste vorübergegangen und am Roggen und hat ihn kaum angesehen, darum sind die Halme dünn und die Lehren leer geblieben, und die Kartoffeln sind noch winziger als im Vorjahr und plagen außen und bleiben innen hart, wenn man sie kocht, und das Gras der Wiese. . . Die Wiese. Das ist auch so ein Kapitel. Die Wiese und die Kuh.

Andreas geht an den Tisch und beginnt zu rechnen. Das kann man ja wieder, seit die Inflation vorbei ist; vielleicht wäre einem wohler, man könnte es nicht.

Denn es sind nun keine sich selbst überholenden, sich selbst lächerlich machenden Milliarden und Billionen, die ihre

Sumpfwiese jährlich an Pacht kostet, es sind bare 35 Mark pro Morgen. Fünf Morgen Wiese mußte man haben für eine Kuh, das macht 175 Mark. Andreas schreibt die Zahl umständlich hin, widerwillig sich in ihre Unabänderlichkeit fugend.

Mit Gras und Heu allein ist keine Kuh zu füttern. Den Winter über braucht man Aunkelrüben und Kraftfutter. Aunkelrüben gedeihen nicht auf diesem Boden. Sie müssen gekauft werden und kosten 1,40 Mark je Zentner; über acht Monate lang verfürtert man einen halben Zentner jeden Tag; macht etwa 170 Mark. Dann das Kraftfutter, Schrot oder Destuchen: 130 Mark

Andreas addiert. Es macht 475 Mark. Und nun der Nutzen. Zwölf Liter Milch täglich, etwa neun Monate lang, über 3000 Liter jährlich. Die Zahl klingt stattlich, Andreas schreibt sie sehr groß; und erschrickt, als er bildliert, wiederholt die Rechnung — es bleibt dabei: der Liter Milch kostet 16 Pfennige. Wenn man sie kauft, kostet sie 14. . .

Er hat das Kalb vergessen, das jährlich kommt, wenns gut geht — es bringt höchstens 40 Mark; es fällt also kaum ins Gewicht; es bleibt dabei, daß die Kuh mehr kostet, als sie einbringt; es bleibt also dabei, daß sie die Kuh. . .

Er steht auf und geht, den Zettel in der Hand, in den Stall. Der warme, gute Geruch nach Dung und Tierfell steht dick darin. Er atmet ihn ein. Die Kuh, schwarz-weiß gefleckt, wendet ihm, wiedertäuend, den Kopf zu; ihre Augen sind riesengroß und so sanft, so sanft. . . ihm wird ordentlich wohl; Zahlen sind so hart. Er gibt sich eine ganze Weile dem Gefühl hin, bei der Kuh zu sein und weiter nichts; ihre Kiefer mahlen zu sehen, ihren Schwanz schlagen zu fühlen, ihren Leib riechen zu können.

Warum hat er eigentlich noch nicht gemolken? Sie sieht doch nicht trocken, sie kalbt doch jezt nicht. Ach ja; das Trockenstehen ist einzurechnen. . . Die Zahlen stoßen wieder spitz in den runden Dunst, sie kommen in ungeheurer Reihe und sehen noch böser aus; zwei Monate Milch werden verloren an das Kalb, so viel Geld kost, als es einbringt, und es bleibt also doch, daß. . .

Er geht erst hinaus, die Kuh sieht ihm melancholisch nach, er schließt erst die Stalltür, dann faltet er den Zettel zusammen, um ihn Luise zu zeigen. . . und dann gibt er sich zu:

Es bleibt also dabei, daß sie die Kuh verkaufen müssen. (Fortsetzung folgt.)

Achtzehnjährige Juwelendiebin

Der Bestohlene bezahlt der Angeklagten den Verteidiger.

Größtes Aufsehen erregte im Dezember v. J. der Juwelendiebstahl der 18jährigen Ruth J. Sie hatte — ein Beweis auch für den ungeheuren Reichtum ihres Arbeitgebers — für 120 000 M. Werksachen entwendet. Jetzt hatte sich das Mädchen vor dem Schöffengericht Charlottenburg zu verantworten.

Der bestohlene Hausherr war der russische Grundstücksverwalter Bermatoff in der Prager Straße. Da Ruth J. ihre Aufgaben zur Zufriedenheit ihrer Herrschaft erledigte, wurde ihr auch oftmals, wenn die Herrschaft ausging, die Betreuung des Hauses überlassen. Auch an dem betreffenden Abend waren Bermatoff und Frau ausgegangen, die Köchin hatte Ausgang, und das Kinderfräulein saß im Bad. Diese Umstände benutzte die J., um den Diebstahl zu begehen. Als die Bermatoffs gegen 11 Uhr abends zurückkamen, fanden sie die Wohnung in heillosen Unordnung vor. Alle Kästen und Behälter waren geöffnet und ausgeräumt. Die J. hatte ein Perlenetui mit 382 Perlen, ein Perlenhalsband mit Brillenschloß, ferner noch Platinringe, Perlohringe, Perlschnüre, Platinhalsbänder, einen Perlenarmring, einen Perlenkragen, einen Schmiedel und einen Silberhals, Sachen im Werte von etwa 120 000 Mark, mitgenommen. Ruth J. konnte zwei Tage nach der Tat in einem biederigen Hotel verhaftet werden. Auch die Schmuckstücke konnten von der Kriminalpolizei fast sämtlich herbeigeschafft werden.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht Charlottenburg unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmitz gibt die achtzehnjährige Angeklagte auf Vorhalt des Vorsitzenden zunächst an, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, die Sachen an sich zu nehmen. Sie habe lediglich Herrn Bermatoff, zu dem sie in intimen Beziehungen gestanden habe, einen Schreck einjagen und sich an ihm rächen wollen, nachdem sie erfahren habe, daß dieser auch mit anderen Frauen Verkehr unterhalte. Im Gegenzug hierzu erklärte der Zeuge Bermatoff mit aller Entschiedenheit, daß er keinerlei Beziehungen zu der Angeklagten gehabt habe. Es stellte sich dann aber heraus, daß Bermatoff das Honorar des Rechtsanwalts für die Verteidigung der Angeklagten bezahlt hat. Um diesen Widerspruch aufzuklären, wurde der Prozeß auf den 10. März vertagt.

Schneetreiben überall!

Behinderung von Bahnverkehr und Schifffahrt.

Aus fast ganz Europa kommen Meldungen über heftige Schneestürme. Wie berichten:

Am Montag und Dienstag gingen über fast der ganzen Eifel starke Schneestürme nieder, die große Schneeverwehungen zur Folge hatten. Die Straßen und besonders die Provinzialdurchgangsstraßen sind vollkommen verschneit und kaum zu befahren. Auch auf dem Westerwald sind die Schneeverwehungen so stark, daß der Verkehr fast ganz unterbunden ist. Die Hauptverkehrsstraße Westerburg — Rennerod — Driedorf — Roth ist unpassierbar.

Aus Hamburg wird gemeldet: Die Schifffahrt auf der Unterelbe wurde am Dienstagmorgen durch heftiges Schneetreiben stark behindert. Bis zum Mittag hatten nur zwei Seeschiffe elbsaufwärts Cuxhaven passiert, Unfälle haben sich nicht ereignet.

Warschau berichtet: Infolge des sehr starken Schneefalles kam es in verschiedenen Gegenden Polens zu Verkehrsstörungen. Bei Luniniec sind sogar drei Eisenbahnzüge auf der Strecke im Schnee stecken geblieben. Besonders schwer sind die Verkehrsstörungen auch in Ostgalizien, namentlich an der rumänischen Grenze. Wie verlautet, sind die Schneeverwehungen in den an Polen angrenzenden sowjetrussischen Gebieten noch viel größer.

Eisenbahnunglück beim Kampf gegen den Schnee.

Budapest, 17. Februar.

Während der Beseitigung der Schneemassen auf der Staatsbahnstrecke ist ein aus zwei Lokomotiven und einem Schneesflug bestehender Zug bei der Station Sueneg in Transdanubien infolge eines Gleisbruchs entgleist. Die eine Lokomotive stürzte um, wobei der Lokomotivführer getötet und sieben weitere Personen verletzt wurden. Durch die Entgleisung wurde auch die Strecke beschädigt.

676 in der Hölle von Cayenne.

Auch ein Deutscher darunter.

Paris, 17. Februar.

Das französische Straflingsschiff „La Martinière“ hat am Dienstag in St. Martin de Ré 676 Schwerverbrecher übernommen, die vom französischen Schwurgericht zu Zwangsarbeit verurteilt worden sind und nunmehr nach der Verbrechertolonie Cayenne abgeschoben werden. Darunter befinden sich über 20, die ursprünglich zum Tode verurteilt waren, deren Strafe aber später durch Gnadenakt des Präsidenten der Republik in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt wurde. Unter den Deportierten sind diesmal alle Nationen vertreten. Unter anderen befindet sich unter den Verurteilten auch ein Deutscher, namens Koch, der Ende vergangenen Jahres einen Pariser Waffenhändler im Keller seines Geschäftes erschossen hat.

2500 Waisenkinder im Zirkus Busch.

Das ganze große runde Haus am Bahnhof Börse, der Zirkus Busch, war an einem dieser Nachmittage vom Sperrriegel bis zur Galerie von Jubel und Frohsinn erfüllt. Die Besitzerin Frau Paula Busch hatte 2500 Kinder — Waisenkinder sowohl wie Kinder von Erwerbslosen — zu einer Freivorstellung eingeladen. Was gab's nicht alles zu sehen: Elefanten und Pferde und Fußball spielende Hunde. Und dann die Gebrüder Reinisch, von denen zwei erst nach schweren Unglücksfällen und langem Krankheitslager genesen, nun wieder auf den Pferden sitzen, als sei der Pferderücken der einzige Platz in der Welt, auf dem man sich so ganz bequem bewegen kann. Der junge Straßburger hingegen brachte ein ganzes Sammelstücken von Tieren, die die Kinder bislang nur vom Zoo oder aus den Schulbüchern her kannten, seinen kleinen Zuschauern greifbar nahe. Die Kinder kamen aus dem Staunen nicht heraus und sie waren derart aufgeregung, daß sie unermüdlich arbeitenden Spähmacher tatsächlich von der Lustigkeit angegriffen wurden. Das ihnen unbekante Gelände des Zirkus, das ja alle diese Wunderdinge barg, wurde von den Kindern ganz genau unterleuchtet; sie saßen dem Bog mit der Quersprünge nach und packten mit ihren Händen in das leuchtende Wasser der prächtigen Schwud-

Jugendschutz und Gaststättengesetz.

Automatenrestaurant — Bier und Branntwein in Flaschen.

Um über Möglichkeiten zur besseren Durchführung der Jugendschutzbestimmungen des Gaststättengesetzes zu beraten, hatten sich im März d. J. der Berliner Polizeipräsident, der Jugendämter, der Gesundheitsämter, der Krankenkassen, Fürsorgeämter und der alkoholgesellschaftlichen Organisationen zusammengefunden.

Nachdem jetzt das Gaststättengesetz mehr als ein halbes Jahr in Kraft ist, mußte man einmal prüfen, welche Mängel sich bei seiner Durchführung herausgestellt haben und was gechehen kann, um die teilweise außerordentlich wertvollen Bestimmungen des Gesetzes zu verwirklichen. Da bei neuerteilenden Konzeptionen auch das Jugendamt über die Bedürfnisfrage gehört werden muß, die Jugendämter aber nach ihrer ganzen Organisation weit eher die persönliche als die sachliche Qualifikation der Lokalbehörden und der Antragsteller beurteilen können, werden die Jugendämter geeignete Personen aus den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zur Mitarbeit auf diesem Gebiet heranzuziehen müssen. Die Organisationen werden den Jugendämtern in nächster Zeit Vorschlagslisten für solche Personen zugehen lassen.

Besonders schwierig sind die Bestimmungen über den

Jugendschutz in den sogenannten „Automatenrestaurants“

zu überwachen. Irgendwelche Anschläge in den Automatenrestaurants über den Inhalt dieser gesetzlichen Bestimmungen fehlen vollständig, und auch das Aufsichtspersonal schenkt diesen Fragen keine Beachtung. Hier wird das Polizeipräsidium mit entsprechenden Verordnungen eingreifen müssen, um die Bestimmungen des Gaststättengesetzes durchzuführen. Notwendig wird es auch sein, den im Gesetz vorgesehenen Begriff des „Erziehungsberechtigten“ klarzustellen, da als erziehungsberechtigt oft Personen auftreten, die dazu in keiner Weise befugt oder geeignet sind.

Sehr häufig wird das Gaststättengesetz auf dem Wege über den Flaschenbierhandel umgangen, der nicht konzeptionspflichtig ist. Das trifft auch besonders für die in den Außenbezirken liegenden Siedlungen und Laubentkolonien zu. Wenn Konzeptionen in und für gemeinnützige Siedlungen erteilt werden, kann diesen Gesellschaften nach einer Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministeriums die Gemeinnützigkeit aberkannt werden,

wenn Alkoholhandel mit Gemeinnützigkeit nichts zu tun hat. Um diese Gefahr zu umgehen, wachsten in den Siedlungen die Flaschenbierhandlungen wie Pilze aus dem Boden, die aber nicht nur das Flaschenbier über die Straße verkaufen, sondern es auch geschwindig in ihren Geschäftsräumen ausschenken. Es soll beim Polizeipräsidium angeregt werden, eine gemeinsame Aussprache zwischen Polizei, Jugendämtern, den Gastwirtorganisationen und den alkoholgegnereichen Vereinigungen sowie Vertretern des Siedlungswesens zusammenzurufen, um geeignete Wege zur Abstellung dieser offensichtlichen Mißstände zu finden.

Beim Verkauf von Branntwein in Flaschen liegen die Verhältnisse ähnlich. Zwar ist dieser Verkauf konzeptionspflichtig, aber nach einer Verordnung der Reichsregierung sollen bei der Konzeptionserteilung keine Schwierigkeiten gemacht werden. Diese Verordnung bedeutet nicht nur einen Schlag gegen das Gastwirts-gewerbe, sondern auch einen außerordentlich schweren Schlag gegen die Volksgesundheit. Auch hier wird mit dem Gastwirts-gewerbe gemeinsam versucht werden müssen, diese Verordnung der Reichsregierung rückgängig zu machen, um diese Quelle der Alkoholfut, die sich besonders in Familienleben ordentlich bemerkbar macht, ein klein wenig einzudämmen. Bei Erörterung der Frage, ob ein

Branntweinverbot an Lohnlagen.

wie es das Gaststättengesetz zuläßt, angestrebt werden soll, wurde von sozialistischer Seite gefordert, diese Frage nicht gesondert zu behandeln, sondern mit den verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung vorher Führung zu nehmen, da die Arbeiterbewegung als solche dieser Frage außerordentlich interessiert gegenübersteht und man deshalb ohne sie oder gegen sie nichts unternehmen dürfte, wenn man einen Erfolg erzielen wollte.

Wenn es gelingt, in diesen Fragen einen Erfolg zu erzielen, wird das Gaststättengesetz seiner Aufgabe in weit größerem Maße gerecht werden können, als es heute der Fall ist, nämlich die Jugend wirksam zu schützen vor den Alkoholfahren!

Kommunistische Raufbolde verurteilt

Mit Messern und Stuhlbeinen auf Sozialdemokraten.

Nicht weniger als sieben Mitglieder eines kommunistischen Raufkommandos wurden gestern vom Schöffengericht zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Am 10. September 1930 wurden im Betriebe der Berliner Verkehrsgesellschaft, Abteilung U-Bahn Technik, Trebbiner Straße, Einladungen und Flugblätter verteilt, in denen die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ zu einer öffentlichen Betriebsversammlung aufgefordert wurde. Als Referent war der kommunistische Stadtverordnete, Aufsichtsratsmitglied der BVG, Behrend, angegeben. Da die Mehrheit der Versammlung, die am 11. September, um 16 Uhr, in einem Lokal am Tempelhofer Ufer stattfand, sich aus Anhängern der freien Gewerkschaften zusammensetzte, beanpruchten diese mit Recht die Versammlungsleitung. Als dies verweigert wurde, entstand Tumult, und Behrend sprang mitten im Saal auf einen Tisch, um den etwa 50 Mann starken, zum großen Teil betriebsfremden Elementen das Signal zum Ueberfall auf die organisierten Arbeiter zu geben. Biergläser wurden geschleudert, Tischbeine und Messer geschwungen, fast die gesamte Einrichtung des Lokals war zertrümmert. Die freigewerkschaftlichen Funktionäre hatten vergeblich versucht, Frieden zu stiften. Die Rowdys waren nicht zu halten. Sie hatten sich schon vor dem Ueberfall um die Vorstandsstühle geschart, um von da aus als Prügeltrupp vorzustoßen. Vier freigewerkschaftliche Arbeiter wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Jetzt hatte dies erbärmliche Verhalten des Behrend und seiner Spießgesellen sein gerichtliches Nachspiel. Behrend wurde es, die sozialdemokratischen Arbeiter als hundertprozentige Befinnungslumpen zu bezeichnen. Der kommunistische Stadtverordnete erhielt 4 Monate Gefängnis, ein anderer der Prügelhelden wurde mit 6 Monaten bestraft, während die fünf weiteren je 1 Monat erhielten.

Nazis vor dem Schnellrichter.

Vor dem Schnellrichter hatten sich gestern Nationalsozialisten zu verantworten, die im Anschluß an die Sportpalast-Kundgebung am Donnerstag wegen politischer Vergehen festgenommen worden waren. Ein 34jähriger Maler Verthold Brinkmann, den man nach Schluß der Versammlung wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen festgenommen hatte und der in seinem Strumpf einen Schlagring versteckt hatte, wurde wegen Vergehens gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen den Wehrmilitärbauh 3 Monate und 1 Woche Gefängnis verurteilt. Bei 17

Verklägung des Urteils hat der Angeklagte weinend um Bewährungsfrist mit der Erklärung, daß er von jetzt ab der politischen Betätigung entzogen wolle. — Ein 34jähriger Bäcker Otto Bandmann, der politisch nichtorganisiert sein wollte und den Beamten vor dem Sportpalast Widerstand entgegengesetzt hatte, wurde zu 6 Wochen und 5 Tagen Gefängnis wegen Verstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt.

50 Schupos als Zeugen.

Vor der dritten Großen Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hoer fand die Berufungsverhandlung gegen die im Schnellschöffengerichtsverfahren abgeurteilten Leute, die anlässlich der Kundgebungen zur Reichstagszerstörung festgenommen worden waren, statt. Von den damals vom Schnellgericht 15 Verurteilten haben 12 Angeklagten gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt. Die Strafen bewegten sich zwischen sechs Monaten und zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis. Gegen einen Angeklagten, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ersangte das Urteil Rechtskraft, weil er nicht zur heutigen Verhandlung erschienen war. Das Berufungsverfahren gegen einen weiteren Angeklagten wurde abgetrennt. Es werden nicht weniger als 50 Schupos als Zeugen vernommen. Das Urteil wird für den heutigen Mittwoch erwartet.

Gefängnis wegen Beschimpfung der Regierung.

Der Eisenbahnschaffner Wilhelm Schulz, der auf dem Bahnhof Berlin-Weidling Dienst tut, kam in der Nacht zum 30. November vorigen Jahres in angekränktem Zustand mit seinem Vorgesetzten, dem Bahnhofsvorsteher, in Streit, der zu Tätlichkeiten zwischen den beiden führte. Von seiten des Eisenbahnschaffners fielen dabei die Worte: „Die ganze Regierung ist eine Schweinebande.“ Der Bahnhofsvorsteher erstattete Strafanzeige, und so mußte sich Schulz am Freitag vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Weidling wegen Vergehens gegen das Republikshuhschutzgesetz verantworten. Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Böhmert, verurteilte den Eisenbahnschaffner wegen Vergehens gegen das Republikshuhschutzgesetz § 5 Absatz 1 zu drei Wochen Gefängnis und einer Geldbuße in Höhe von 100 M. Das Gericht bewilligte Schulz Bewährungsfrist, weil er den Ausspruch nicht aus verbrecherischer Neigung, sondern aus Unbesonnenheit getan habe.

fontänen. Den zweieinhalbtausend Kindern wird dieser Nachmittag in dauernder Erinnerung bleiben und alle, die an ihm mitwirkten, mögen sie nun Pferde vorgeführt oder am Neck oder unter der Zirkuskuppel gearbeitet haben, werden gewiß ihre hellen großen Freude daran gehabt haben, daß sie in dieser schweren Zeit ein paar tausend armen Kindern so viele Freude machen konnten.

Der Tote vom Werbellinsee ein Selbstmörder.

Am 22. Dezember v. J. wurde am Ufer des Werbellinsees die Leiche eines Mannes gefunden, die schon einige Zeit gelegen haben mußte. Außerlich ließ sich nur feststellen, daß der Hinterkopf eine Schußwunde zeigte. Daraufhin entstand der Verdacht, daß der Mann, der keine Papiere oder Wertpapiere bei sich hatte, das Opfer eines Raubmordes geworden sei. Die Vermutung wurde jedoch widerlegt, als Sachverständige feststellten, daß die Verlegung am Hinterkopf nicht eine Einschüß, sondern eine Ausschüßöffnung war. Der Unbekannte mußte sich selbst getötet haben. Jetzt ist der Selbstmörder einwandfrei erkannt als ein landwirtschaftlicher Beamter Hans Jafelies, der am 13. Januar 1895 in Oppeln geboren ist. Jafelies war stellunglos.

Carows Cobühne. In diesem nördlichen Volkstheater am Wolanbergweg hat sich auch für die zweite Februarhälfte ein Varietéensemble zusammengefunden, das den Besuchern jeden Abend fünf

ungetrübte Stunden der Heiterkeit bereitet. Das Hausquartett läßt sich auf der Bühne von dem „Aundstümhörer“ Fredy Sieg belauschen, wobei Quartett und Hörer größten Wit treiben. In einer Reihe Spezialitätennummern arbeiten Kräfte, die man an ersten Varietébühnen Berlins bewunderte: So die Exzentriker Ohmer und Sait, die bei ihren iabelhaften Leistungen am einfachen Tisch die größte Kaskadentüchtigkeit zur Schau tragen, ferner die Tänzer Wilma Binder und Rene Roverre und die glänzend trainierte junge Tisse Wachholz, schließlich noch Clown Johnny mit seinen „hohnd“ lebenden Hunden und die 7 Eduardos, bei denen man nicht weiß, wen man mehr bewundern soll, die Unter-männer mit ihrer erklassigen Beinarbeit oder die fliegenden anderen Mitglieder der Truppe. Ossy Schubert, der lyrische Tenor, schmachtet sich anscheinend erfolgreich in die Herzen der Frauen und Fredy Sieg ist das Unikum an Komik. In dem Wiederpiel „Frau im Kommissar“, läßt sich die Frau des Hauses, Lucie Coram, bewundern, während Coram selbst im Schwanz „Herz und Schnauze“ sich vom bärbeißigen Kolonialwarenhändler zum süßholzwolpelenen Bräutigam verwandelt. Eine unbestrittene Begabung für solche Rollen muß Coram nach allen Regeln der Kunst aus, zur Begeisterung seiner zahlreichen Zuschauer.

Wagner-Abend für Arbeiter. Die Volksbildungsmäxter Franz-lauer Berg und Friedrichshain veranstalten am Dienstag, dem 24. Februar, im Saalbau Friedrichshain einen Wagner-Abend. Dirigent: Ernst Umab Gebert. Solist: Richard Alwin (Briton). Eintrittspreis 40 Pf. Karten sind im Vorverkauf in den Volksbildungsmäxtern und an der Wendische zu haben.

Flucht aus dem Alltag.

Laienkunstausstellung im Volkshochschulamt Treptow.

Im Rathaus Treptow gibt es in diesen Tagen (bis zum 22. Februar) eine ungemein interessante und eigenartige Ausstellung zu sehen; Malereien, Radierungen, die hier ein kleines Talent offenbaren, dort eine Begabung, die aufmerken lässt, dann wieder nur das ehrliche Wollen, die schöne Begeisterung für die Kunst. Interessant ist, wer da malt und radiert und wie sie dazu kamen. Es handelt sich um Schüler des Laienkunstkursus, den Hans Baluschek vor Jahren ins Leben gerufen, als Arbeiterkinder bei ihm Rat suchten, wie sie sich den Weg zu künstlerischem Schaffen erschließen könnten. Baluschek wies ihnen den Weg, durch allerlei Nöthigkeiten hindurch, deren er in seiner Eröffnungsanrede am Sonntag ein wenig wehmütig gedachte. Man warf ihm vor, daß er Kunstproletariat heranzüchte, daß er einseitige Politik damit verbände. Die angestammten „Kulturträger“ kamen damit nicht durch, Baluschek gab zwar die Sache auf, aber erzog sich tüchtige Mitarbeiter; auch die Volkshochschule griff fördernd ein und die Volkshochschullehrer, unter ihnen ganz besonders Treptow.

Die Biographie jedes Schöpfenden hängt neben seiner Arbeit, auf einem kleinen Zettel steht Beruf und Alter. Da hat ein 40jähriger Klavierbauer eine farbenfrohe Fabriksgenerie gemalt, dort ein 40jähriger Dreher eine sanfte Studie, eine 20jährige Blätterin ein Stillleben. Ein 50jähriger Malermeister bringt eine feine Radierung, ein Zimmermann eine blutvoll-lebendige Kohlezeichnung, ein schwer nervenkranker Invalide schuf überzarte Blumenstudien und ein 19jähriger Schüler prachtvolle Märchengrotten. Sie alle aber wollen der Kunst beileibe nicht ins Handwerk pfeifen; sie suchen bloß einen Ausgleich für die Schwere des Alltags, sie wollen ein wenig nach innen leben und erleben und — vergessen; viel Schweres versuchen sie damit zu überwinden, nicht bloß die Monotonie des traurigen Alltags, noch viel Schwereres — denn der größte Teil der Schüler ist heute erwerbslos.

Eine Reportage über die Laien-Kunst-Ausstellung, die das Volkshochschulamt Treptow im Rathaus in Treptow, Neue Krugallee 2/6, veranstaltet, überträgt heute, Mittwoch, der Berliner Rundfunk. Wir möchten unsere Genossen aber auch auf die Ausstellung selbst aufmerksam machen, die täglich, einschließlich Sonntag, von 10—13 Uhr, geöffnet ist. Eintritt frei.

Hausfrau, wir helfen dir!

Eine fröhliche Auktionsstunde über Gasbehandlung.

„Kommet her alle, die ihr mit Sorgen beladen seid, ich will euch raten und helfen“ sprach der Onkel von der Berliner Städtischen Gaswerke N. O., der vor einigen Tagen in den Musterfesten, Kaiser-Wilhelm-Strasse, ein ebenso launiges wie lehrreiches Kolleg hielt, zu dem die wüßbegierigen Hörerinnen in Scharen herbeigeströmt waren. Inmitten einer vorläufig dufenden Szenerie von knusprigem Schweinebraten samt den dazugehörigen Beilagen und einem im „Rüchensunder“ seiner Vollenbung entgegenreisenden Kuchen amtierten die Helferinnen des „Hausdienstes“ der Städtischen Gaswerke im fröhlichen Dialogspiel. Da kommt die sorgenbeladene Hausfrau, die gerne dahinter kommen möchte, wie man Gemüse ohne Wehlschwüle schmackhaft und vitaminreich zubereitet. Die Die Köchin Minna hat wiederum ihr Leid mit dem Gas, das ewig nicht richtig brennen will, dafür aber ihre Töpfe verrußt und die Speisen entweder zu angebrannt oder im unartigen Zustand liegend. Die Berufstätige wieder will hinter das Geheimnis der sogenannten „Turmochens“ kommen, die einzige Methode, die es ermöglicht, in ihrer knapp bemessenen Zeit ein richtiges Essen zu bereiten, und Mutter Müller hat die Wäschschrubberei für sieben Böhren gründlich satt und will sich endlich einen Wäschapparat auf Stottern zulegen. Für alle geäußerten Wünsche gibt es Rat, der beileibe nicht immer in der Anschaffung irpendeiner kostspieligen Apparat besteht. Oft ist es nur ein kleiner Kniff, der weder Mühe noch Kosten verursacht und vor allem ist es die Erfahrung der hausfrauischen Beratungsstelle, die für alles und jedes Rat weiß: daß das Gemüse nicht heiß abgebrüht, oder gar abgekocht werden darf, sondern im gewaschenen Zustand ohne Wasserzufuhr, nur mit der nötigen Fettmenge im guterschlossenen Topf bei kleinsten Flamme dünsten muß, daß das schlechtbrennende Gas durch eine kleine Reguliervorrichtung und Säuberung mit einer Stahlbürste in Ordnung gebracht wird, daß das Turmochens am besten mit genau aufeinanderpassenden Kochtöpfen vor sich geht und daß, wo diese nicht vorhanden sind, die verschiedenen Kochtöpfe durch Einfahrhänge passend gemacht werden können und daß der Wäschapparat praktisch, sparsam und durch kleinste Rotenzahl erreichbar ist; vor allem aber mögen sich die Hausfrauen den Satz einprägen: Der Besuch des Fräuleins vom Hausdienst, die raten und helfen soll, kostet nichts! Außer der praktischen Wissenschaft gab es im hausfrauischen Kolleg auch noch eine Verlosung verschiedenartiger Haus- und Küchenapparate.

Familienbad in der Denuewitzstraße.

Den Forderungen der neuen Zeit muß nun auch das Bezirksamt Tiergarten Rechnung tragen, indem es dem oft nachgefragten Bunsch nachgibt und im Stadtbad Denuewitzstraße 24a ab 1. Februar den Familienbaddbetrieb eingeführt hat. Die Schwimmhalle ist wie folgt geöffnet: Montag: 7—9, 13.30—16 Uhr Männer; 16—19 Uhr Frauen. Dienstag: 16—19 Uhr Männer; 7—9, 13.30—16 Uhr Frauen. Mittwoch: 7—9 Uhr Familienbad. Donnerstag: 7—9, 13.30—16 Uhr Männer; 16—19 Uhr Frauen. Freitag: 16—19 Uhr Männer; 7—9, 13.30—16 Uhr Frauen. Sonnabend: 7—19 Uhr Familienbad.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die Übungsstunde findet in dieser Woche am Sonnabend, dem 21. Februar, abends 7.30 Uhr, pünktlich, in der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 3, statt.

Die Deutsche Hochschule für Politik und die Volkshochschule Groß-Berlin veranstalten gemeinsam am Montag, dem 23. Februar 1931, 20.30 Uhr, Schmelzplatz 6, einen Ausspracheabend über das Thema: „Das Volkshochschulheim in seiner Bedeutung für die Großstadt“. Es sprechen Frau Gertrud Hermer-Weißig und Frau Dr. Eise Hildebrandt. Eintritt frei.

Ueber Lohnsteuer und Zwangsparatasse spricht Genosse Rimmer heute Mittwoch, 6.45 Uhr, in der Aktuellen Abteilung des Berliner Rundfunks.

Fliegerbombenspiel ist Glücksspiel. Das bis jetzt geduldetes Fliegerbombenspiel ist vom 16. Februar ab nach eingehender Beobachtung und Ausprobierung durch Kriminalbeamte als Glücksspiel bezeichnet und vom Polizeipräsidenten verboten worden. Die Beamten klopften sich beim Verbot auf die Gütachten verschiedener anderer Sonderstrafpolizeistellen, die alle übereinstimmend das Spiel als Glücksspiel bezeichnen.

Bermüht wird seit Mittwoch, dem 11. Februar, die 48jährige Frau Grete W. Die Frau ist 1.60 m hoch, hat blonde Haare und trägt einen Pelzmantel, schwarze Lederschuh und schwarzes Kleid. Die Vermissten in verschiedenen und ist vielleicht umher. Telefonische Meldungen werden Dönhofs 170 oder Loge 2600 erbeten.

Allgemeine Wetterlage.



Die westliche Depression hat sich immer mehr nach Südosten verlagert. Infolgedessen haben sich die Winde in Deutschland von Süden und Südwesten immer mehr nach Osten gedreht. Dabei hat die Bewölkung im nördlichen Deutschland allgemein abgenommen. Da es auch am Tage schon teilweise heiter war, konnten die Temperaturen im größten Teile des Reiches mittags einige Grad über Null steigen. Das südwestliche Tief legt seine Bewegung nach Süden fort, so daß wir bei dem kräftigen Luftdruckanstieg immer mehr in den Bereich des nördlichen Hochdruckgebietes kommen werden. Im ganzen werden daher die Temperaturen infolge der Luftzufluhr aus kontinentalen Gegenden sinken. Mittags dürften sie aber bei der schon ziemlich kräftigen Sonnenstrahlung über Null steigen.

Wetterausichten für Berlin. Nimmlich heiter, Mittagstemperaturen über Null, östliche Winde. — Für Deutschland. In Nord- und Mitteldeutschland, größtenteils ziemlich heiter. Im Süden allmählich abnehmende Bewölkung, anfangs noch streifenweise leichte Niederschläge, Tagestemperaturen mit Ausnahme des Nordwestens etwas über Null.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin, Köpenicker Str. 3, Lindenstr. 3

Streikzeitung Groß-Berlin: Heute, 19. Febr., bei Goldschmidt, Stauffische Straße 24, Einführung in den „Richard-Wagner“-Abend. Alle entliehenen Kopien müssen mitgebracht werden.

Filmnachmittage für Erwachsene morgen, Donnerstag, 15 Uhr, im Filmcafé des Parteivorstandes, Lindenstr. 3.

Heute, Mittwoch, 18. Februar, 19.30 Uhr:

Oranienburger See: 19 Uhr vor dem Heim Frühblattverteilung. — Witten (Mittler): Gendarmen Str. 17, Zimmer 2, Die Frau an der Front und ihre Verantwortung im Nationalsozialismus. — Die Frau an der Front und ihre Verantwortung im Nationalsozialismus. — Die Frau an der Front und ihre Verantwortung im Nationalsozialismus. — Die Frau an der Front und ihre Verantwortung im Nationalsozialismus.

Verbelegte Mitte: 18 Uhr Verteilung der Bücher beim Genossen Gehlen, Johannist. 12.

Verbelegte Prenzlauer Berg: 20 Uhr Konrad Adenauer Str. 20, Bildungs- und Verbraucherschule, Jede Gruppe muß vertreten sein.

Verbelegte Neukölln: Sprechstunde von 17.30 bis 19.15 Uhr, Gendarmenstr. 3, im Heim Ranner Straße.

Verbelegte Lichterberg: 11 Uhr beim Bauhilfskreis Erntebrotlaufausführung, Kubitzke mitbringen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. GEFÄHRDUNG: Berlin 6 14 Erdbebenstr. 27—28, 2. Etz. Gewerkschaft, Adina, Ostseestraße 11. Die Parteien für die Sozialistische Arbeiterjugend sind unter allen Umständen bis zum 18. Februar mit der Gasse abzurufen. Am Mittwoch, dem 18. Februar, 20 Uhr, Jugendfeier im Landhaus, Vertikung des Jahresprogramms, Jugendbildungsfeier. — Poczta, 18. Februar, Vertikung. Kameradschaft, Kameradschaft, Kameradschaft. — Poczta, 18. Februar, Vertikung. Kameradschaft, Kameradschaft, Kameradschaft. — Poczta, 18. Februar, Vertikung. Kameradschaft, Kameradschaft, Kameradschaft.

Berliner Gesellschaft für Öffentliche Gesundheitspflege e. V. Sitzung, 24. Februar, 20 Uhr, im Anatomischen Institut der Universität, Berlin, Charlottenstr. 24. Herr Ministerialdirektor a. D. Professor Dr. Göttsche: „Beiträge zur Epidemiologie der Tuberkulose“.

Ioniffelw English Deba Club: Mittwoch, 20 Uhr, Zahnärzthaus, Bismarckstraße 104, Gutmansaal: Mrs. Eise Czapski: „The Woman and the Press.“



Parteinachrichten für Groß-Berlin

Das Mitgliedsbuch des Genossen Bruno Wenzlow, Charlottenburg, Siedingstr. 54, n. IV, ist verloren gegangen...

- 1. Kreis Mitte, Glienckebühl, Donnerstag, 15. Februar, 20 Uhr, Sitzung bei...

Heute, Mittwoch, 18. Februar:

- 15. Ust, 19 1/2 Uhr Kunstkreisversammlung bei Sembé, Schöneberg...

Morgen, Donnerstag, 19. Februar:

- 20. Ust, 20 Uhr bei Semler, Schöneberg, 12. Aufprobieren über das Thema: Die Erhebung der Staatsmacht...

Frauenveranstaltung

- 5. Kreis Friedrichshagen, Donnerstag, 19. Februar, 19 1/2 Uhr, bei Reich...

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt

- 17. Kreis Köpenick, Freitag, 20. Februar, 19 Uhr, im Rathaus Köpenick...

Arbeiter-Bildungsschule. Zentralfunkhaus, Reichsstraße 17. Die Frau in Wirtschaft und Politik...

Funkwinkel. In der Bücherstunde referiert Professor Ernst Jäckh über politisches Wissen. Die Schriften behandeln hauptsächlich den Nationalsozialismus...

Geburtslage, Jubiläen usw. 17. Ust, Charlottenburg, Intercom leben in weiten Kreisen der Partei...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation. Gewinnauszug 5. Klasse 36. Preussisch-Schlesische Staats-Lotterie. Ohne Gewähr Nachdruck verboten...

Theater, Lichtspiele usw. Wintergarten

Staats-Oper Unter d. Linden. Othello Mignon

Deutsches Theater. Die schöne Helena

Rose Theater. Die Operette fand beglückteste Aufnahme

Neues Theater am Zoo. Ritter Neubarts achte Frau

Schlächterei Neu-Tempelhof

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todesanzeige Elise Timm

Staats-Oper Unter d. Linden. Rigoletto

Deutsches Theater. Elisabeth von England

Rose Theater. Das Parfum meiner Frau

Neues Theater am Zoo. Cocktail

Der gute Kapitän Kaufabak

KLEINE ANZEIGEN. Preis: Überschriftswort 25 Pfennig

CASINO-THEATER. Man lecht Tränen über Direktor Hans Berg

Komische Oper. Poppina

Restaurants. Haus Vaterland

Bekanntmachung. Der Magistrat der Stadt Berlin hat...

Verkaufte. Grammophon

Ver-mietungen. Zimmer

DAS BLAUE HEMD VON ITHAKA

Reichshallen-Theater. Das wunderbare Februar-Programm

NEUE WELT. Arnold Scholt

Ingenieurschule Bad Sulza/Thür.

Radio. Radios

Ver-schiedenes. Musik u. Gesang

Schicksal der Kraftfahrzeugindustrie

Zur internationalen Automobilausstellung. — Kommt das deutsche Volksauto?

In dieser Woche werden durch die „Internationale Automobilausstellung Berlin 1931“ von neuem die Lage der deutschen Autoindustrie, die Konkurrenzlage auf dem Markt und die Entwicklungsmöglichkeiten in Deutschland zur Diskussion gestellt. Diese Fragen sind nicht nur für Automobilisten und Motorradfahrer, sondern auch für die große Allgemeinheit wichtig, da von dem Wohlergehen der deutschen Kraftfahrzeugindustrie viel mehr als das Schicksal ihrer fast 100 000 Arbeiter und Angestellten abhängt. Die von der Kraftfahrzeugindustrie geäußerten Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate machten nämlich im Jahre 1930 etwa 350 Millionen Mark aus, während sie in dem Jahre guter Konjunktur 1928 sogar 625 Millionen Mark erreichten. Nicht weniger als 214 000 Tonnen Stahl und Eisen wurden im Jahre 1928 verbraucht. Zählt man alle Arten von Kraftfahrzeugen zusammen, so entfiel

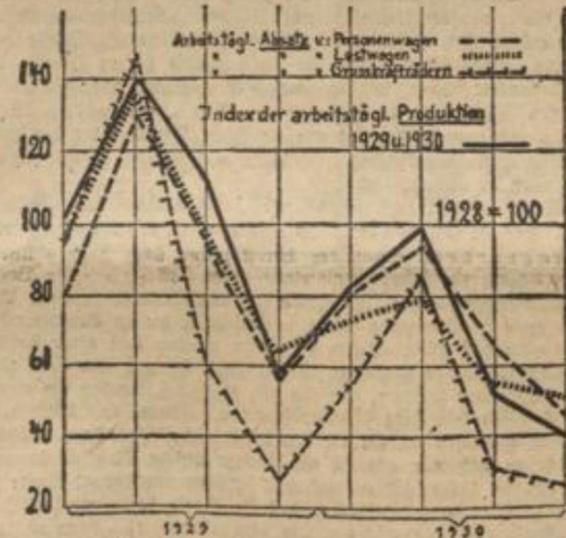
am 1. Juli 1930 auf 45 Einwohner ein Kraftfahrzeug, aber erst auf 129 Einwohner ein Personenwagen.

Am einzelnen wurden folgende Zahlen ermittelt:

	Bestand am 1. Juli 1929	Bestand am 1. Juli 1930	Zunahme in Proz.
Krafttraber	608 000	731 000	20
Personenwagen	423 000	489 000	15
Kraftomnibusse	11 000	12 000	9
Post- und Lieferwagen	144 000	157 000	9
Sonstige	29 000	80 000	4
	1 214 000	1 419 000	17

Die Gesamtzunahme betrug also 205 000 Stück oder 17 Proz. Das Tempo der Zunahme ist gegenüber den Vorjahren bedeutend langsamer geworden; von 1928 auf 1929 machte die Zunahme noch 30 Proz. aus. Mehr als die Hälfte der Zunahme von 1929 auf 1930 entfällt auf die Krafttraber, während die Zahl der Personenwagen sich nur um 66 000 Wagen oder um 15 Proz. erhöhte; Lastwagen nahmen nur um 13 000 oder 9 Proz. zu.

Die Konjunktur der Kraftfahrzeugindustrie



Die Konjunkturerweichung zeigt sich deutlich in der Beschäftigung der Kraftfahrzeugindustrie. Im Jahre 1930 wurde der Monatsdurchschnitt des Jahres 1928 nur in zwei Monaten ein wenig überschritten, in den anderen Monaten blieb der Beschäftigungsindex weit hinter dem Durchschnitt von 1928 zurück. Unsere graphische Darstellung der Produktionsentwicklung zeigt auch mit aller Schärfe den durchgängigen, selbst bei Lastwagen deutlichen Saisoncharakter der Kraftfahrzeugproduktion.

Der Gesamtabsatz der Kraftfahrzeugindustrie dürfte im Jahre 1930 etwa 84 000 Personenwagen und 16 500 Last- und Lieferwagen betragen haben und damit um 30 000 Wagen hinter dem Jahre 1929 zurückgeblieben sein. Viel ungünstiger noch war der Absatz von Krafttrabern: Im Jahre 1929 war mit einem Absatz von 186 000 Rädern ein Rekord erreicht, durch den erstmalig die englische Produktion übertrifft wurde. Im Jahre 1930 konnten aber nur etwa 105 000 Räder abgesetzt werden — ein Rückgang gegenüber 1929 um 81 000 Räder oder um über 40 Proz.

Der Gesamtwert der Kraftfahrzeugproduktion hatte im Jahre 1929 990 Millionen Mark betragen; für 1930 wird er vom Institut für Konjunkturforschung auf 600 bis 700 Millionen Mark geschätzt.

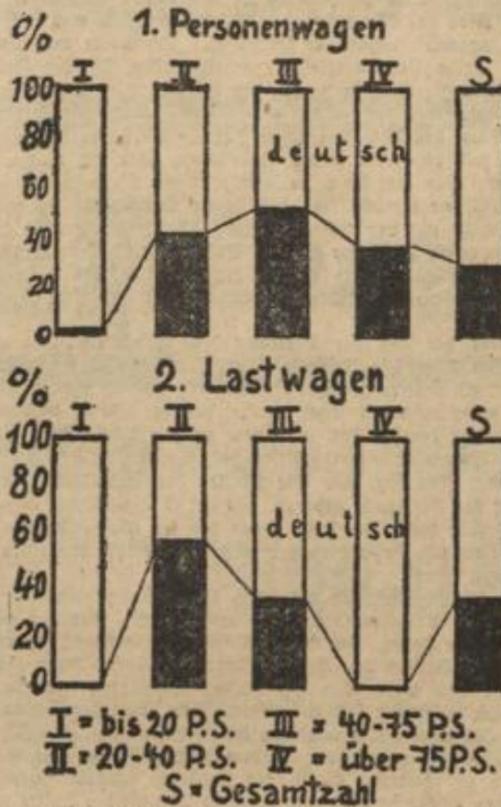
Die Arbeiterschaft hatte natürlich unter diesem Konjunkturrückgang sehr stark zu leiden: bei einem Lohnanteil von etwa 20 Proz. entfielen von dem Gesamtwert der Erzeugung 1929 etwa 225 Millionen Mark auf Löhne und Gehälter, im Jahre 1930 aber nur ein Betrag von 125 bis 150 Millionen Mark.

Nicht die Großaktionäre...

Wenn in unserer Graphik die Durchschnittsproduktion des Jahres 1928 gleich 100 gesetzt wurde, so darf daraus keineswegs geschlossen werden, daß die Anlagen der Kraftfahrzeugindustrie im Jahre 1928 zu 100 Proz. ausgenutzt worden seien. Sie sind schon damals nicht annähernd voll beschäftigt gewesen, sie werden jetzt noch viel weniger ausgenutzt. Nicht zuletzt ist das die Schuld der Automobilindustrie selbst.

Der Reichsoberband der Automobilindustrie hat im Jahre 1929 selbst bekannt, daß Zusammenkünfte unumgänglich notwendig seien, mit dem Zweck, die Zahl der Werke und damit die Zahl der Typen zu vermindern, um überhaupt erst die Voraussetzungen für eine rationelle Massenfabrikation zu schaffen. In dieser Richtung ist inzwischen nichts Wesentliches geschehen. Technisch rationalisiert sind alle Werke, das heißt ihre Leistungsfähigkeit ist sehr groß. Sie kann aber nicht ausgenutzt werden, sie ist viel zu groß für den beschränkten deutschen Markt; das Kapital für diese „Rationalisierung“ ist vielfach verpulvert, weil die kaufmännische Rationalisierung fehlt. Das Ergebnis: Die verlustreichen Sanierungen von Adler, AAG, Horch, Stöcker, der Konkurs von Röhre.

Daß man auf dem Wege des Zusammenschlusses nicht vorwärts kommt, liegt nicht allein an der hochgehaltenen „Tradition“ der einzelnen Werke, dem Selbständigkeitsstreben der Verwaltungen. Es liegt auch daran, daß die Großaktionäre zum Teil in Kreisen der Schwerindustrie und Banken zu suchen sind, die



nichts von ihrem Einfluß, der vor allem eigene Opfer sehen, auch geben wollen.

... nur die Rücksicht auf den Markt kann helfen.

Der andere schwere Fehler der Autoindustrie liegt darin, daß sie hartnäckig am Bedarf vorbei produziert hat. Jahrelang suchten alle Werke das große Geschäft mit hochqualifizierten

6- und 8-Zylinder-Wagen zu machen. Inzwischen hat sich die Entwicklung zum kleinen Wagen, das heißt also zum Massenprodukt, durchgesetzt. Von der Gesamtproduktion des Jahres 1930 entfielen auf Wagen mit bis zu 1 Liter Hubraum 19,6 Proz., auf Wagen mit 1 bis 2 Liter Hubraum 63,5 Proz., auf beide Gruppen zusammen also 83 Prozent. Die Produktion dieser Typen verlangt nicht in erster Linie qualitative Eigenart, die in zahlreichen Werken gepflegt werden muß; sie erfordert hauptsächlich eine gute Konstruktion zur Gewährleistung eines hohen Gebrauchswertes. Vor allem aber ist ein niedriger Preis notwendig, damit Massen mit geringerem Einkommen als Käufer in Frage kommen. Ein niedriger Preis aber kann nur durch Massenproduktion erreicht werden; nur so kann man die starke Konkurrenz von Ford und Chevrolet bekämpfen. Früher oder später muß ein Teil der Anlagen stillgelegt und abgeschrieben werden, damit der übrige Rest endlich voll ausgenutzt wird, also billig produzieren kann.

Die Auslandsautos im Gesamtabsatz.

Aus der Zulassungsstatistik (Januar bis September 1930) geht hervor, daß ausländische Wagen am Absatz der kleinsten Wagen (bis 20 P.S.) und am Absatz von Lastwagen in der größten Gruppe (über 75 P.S.) überhaupt nicht beteiligt sind. (Vgl. nebenstehende Graphik.)

Die ausländischen Wagen machen am Absatz der Wagen der Gruppe II 12 Proz. (vor allem Ford) aus, der Gruppe III 51 Proz. (Chevrolet); bei Lastwagen betragen die Anteile in Gruppe II 59 Proz., in Gruppe III 36 Proz. Daß der deutsche Absatz von Lastwagen dieser beiden Gruppen so schlecht ist, liegt offenbar daran, daß es sich um Wagen handelt, deren Bau viel stärker mit dem Personenwagen- als mit dem Lastwagenbau zusammenhängt. Der Bau der leichteren Lieferwagen ist aber in Deutschland auch vernachlässigt worden, was um so schwerer wiegt, als die Käufer immer stärker zu den leichteren Wagen übergehen.

Zölle bleiben eine Belastung des Kraftverkehrs!

Die Aussichten der Kraftfahrzeugindustrie können nach alledem nicht gerade als glänzend bezeichnet werden. Eine Entlastung von der Exportseite her ist kaum zu erwarten; nur bei schweren Lastwagen übertrifft die Ausfuhr die Einfuhr. Ob der Bedarf des deutschen Marktes an Kraftfahrzeugen — den Einkommensverhältnissen in Deutschland entsprechend — im großen und ganzen gedeckt ist, so daß die Industrie in Zukunft im wesentlichen für den Ersatz des jetzigen Bestandes und nur noch wenig für Neubedarf zu arbeiten hätte (wie es schon jetzt in den Vereinigten Staaten der Fall ist), darüber ist das Prophezeien schwer. Ein günstiges Moment ist die zweifelhafte Ueberalterung des deutschen Automobilbestandes.

Ruhlos aber wäre es sicher, die Sollwünsche der Industrie zu erfüllen. Zollerhöhungen würden bedeuten: Verminderung der Lieferkapazität, Erhaltung der zu vielen Unternehmen (und Typen!), Fortdauer der Kapital- und Zinsenverschwendung und schließlich eine Verteuerung. Hierbei verzeichnen wir gern die Tatsache, daß auch die Industrie kürzlich (bei der Steuerdebatte) den Betrag der Automobilzölle in Höhe von 35 Millionen Mark als eine Belastung des Kraftverkehrs bezeichnete. H. Z.

Porzellan unter der Lupe.

Hungerlöhne und Heimarbeit. — Ein neuer Enquete-Band.

Die Außenhandelsgruppe des Enquete-Ausschusses veröffentlichte in ihrem 12. Band (Verlag E. S. Mittler u. Sohn, XV. und 316 Seiten, 8,90 M.) den ersten Teil der Untersuchungen über die deutsche Porzellan- und Steingutindustrie, der die gesamte Porzellanindustrie und den Außenhandel mit technischem Porzellan behandelt.

Im Jahre 1928 wurde in 290 Betrieben mit 69 000 Arbeitern und Angestellten Porzellan im Werte von 200 Mill. Mark hergestellt. Die Zahl der Arbeiter war um 11 Proz. höher als 1913. Die Produktion von technischem Porzellan (1928 = 54 Mill. Mark) dürfte sich gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt haben; die Geschirrperturbation ist mengenmäßig um 15-25 Proz. höher als 1913, während die Herstellung von Zierporzellan auf die Hälfte zurückging.

Wenn sich auch, besonders bei Zierporzellan, infolge des teilweise noch handwerklichen Produktionsprozesses, die kleineren Betriebe in der Porzellanindustrie besser als in anderen Industriezweigen behaupten konnten, so ist doch eine starke Konzentrationsbewegung — die noch nicht zum Abschluß gekommen ist — festzustellen. Während 1907 in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten 21 Proz. der Arbeiter und Angestellten arbeiteten, waren es 1928 bereits 40 Proz.

Sieben große Konzerne

stellten 53 Proz. des Geschirrporzellans, 94 Proz. des Elektroporzellans für Hochspannung und 60 Proz. desjenigen für Niederspannung her. Diese großen Konzerne haben den starken Vorteil, daß sie die verschiedensten Arten und Qualitäten von Porzellan herstellen, also leicht einen Konjunktur-Ausgleich innerhalb des eigenen Konzerns durchführen können, wenn auf dem einen oder anderen Gebiet zu einer bestimmten Zeit eine gute oder schlechte Konjunktur herrscht. Tunnelöfen, die nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses bei guter Beschäftigung den üblichen Rundöfen weit überlegen sind, sind nur in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten rentabel. Hochspannungsporzellan kann mit Gewinn überhaupt nur in Großbetrieben hergestellt werden, da sonst die hohen Kosten für Prüffelder und wissenschaftliche Mitarbeiter nicht einzubringen sind.

Die Rationalisierung

hat auf allen Gebieten wesentliche Erfolge gehabt; die Zahl der Brände in einem Rundofen konnte z. B. von 50 auf 90 bis 100 erhöht werden. Die Stundenproduktion pro Kopf der Belegschaft konnte daher gegenüber 1913 um 70 bis 100 Proz., bei Elektroporzellan noch mehr gesteigert werden. Der Anteil der Löhne wurde bei Geschirrporzellan mit 52, bei Elektroporzellan mit 43 Proz. der Gesamtkosten festgestellt. Daß ein so hoher Lohnanteil die Unternehmer zum Lohnraub noch stärker als sonst reizt, ist klar. Trotz der Lohnsteigerungen gegenüber 1913 sind

Die Löhne kaum höher als das steuerfreie Existenzminimum:

Im Jahre 1928 betrug der Durchschnitts-Jahreslohn 1430 Mark. Die Tendenz, an den Löhnen sparen zu wollen, geht auch daraus hervor, daß der Anteil der weiblichen Beschäftigten von 1907 bis 1925 von 37,5 auf 44,8 Proz. gestiegen ist. Und sehr beachtlich: die früher bebautende Heim-

arbeit in der thüringischen Zierporzellanindustrie war nach dem Kriege so gut wie verschwunden; im Jahre 1929 wurden schon wieder 1000 Heimarbeiter beschäftigt, das sind 10 Proz. der in diesem Zweig beschäftigten Arbeiter. Nach Meinung eines Sachverständigen ist das die Folge der Verwendung des Lastautos, das billig und schnell die verhältnismäßig wertvollen Zierporzellanstücke aus jedem Dorf holt.

Da in den Jahren 1924 bis 1929 nur acht Betriebe in Konkurs gegangen sind, kann es der Porzellanindustrie nicht so schlecht gehen, wie immer angenommen wird. Im übrigen ist gerade die kaufmännische Rationalisierung (Selbstkostenermittlung) nicht auf der vom Enquete-Ausschuß als notwendig erachteten Höhe.

Die ganze Porzellanindustrie hat sich zu einigen wenigen Kartellen zusammengeschlossen. Jenes für Hochspannungsporzellan arbeitet am besten, da es sich hier um wenige Produzenten handelt. Das Geschirrkartell hat im Januar dieses Jahres offiziell sein Bestehen, den Mitgliedern Mindestpreise vorzuschreiben, einstellen müssen; der Druck der Krise hatte zu allgemeinen Unterbietungen geführt. In der Ausfuhr von Elektroporzellan steht Deutschland mit 8,8 Mill. Mark weitläufig an der Spitze.

Die Reichsbank Mitte Februar.

Neue Devisenverluste und ihre Ursachen.

Zur Februarmitte meldet die Reichsbank einen Rückgang der Wechselbestände um 193,2 auf 1601,9 Millionen, die übliche Zunahme der Lombarddarlehen, freilich nur um 6,2 auf 72,4 Millionen und den vollständigen Ausverkauf der Reichsbankwechselbestände, die am 7. Februar noch 23,2 Millionen Mark betragen. Die fremden Gelder auf Girokonten nahmen weiter um 20,5 auf 250,2 Millionen ab. Der Umlauf der Reichsbanknoten hat sich um 187,0 auf 3807,1 Millionen verringert. In den Deckungsbeständen zeigen sich größere Veränderungen. Die Goldbestände haben sich (Ankäufe von russischem Gold) um 10,2 auf 2254,3 Millionen erhöht, die Bestände an deckungsfähigen Devisen sind weiter um 17,2 auf 181,2 Millionen zurückgegangen. Die Deckung des Notenumlaufs, der die an sich schon niedrige 4-Milliarden-Grenze wieder unterschritten hat, blieb (Gold und deckungsfähige Devisen zusammengenommen) mit 62,5 gegen 59,8 Proz. in der Vormoche nichtsdestoweniger sehr hoch. Bemerkenswert ist die weitere Verringerung der Devisenbestände. Die Nachfrage nach ausländischen Devisen dauert in Berlin fort. Die ausländischen Devisen behalten nach wie vor eine Tendenz nach oben. Es ist sicher, daß ängstliche Leute in Deutschland und teilweise auch das Ausland den Auszug der Reichsnoten aus dem Reichstag — mit Unrecht — als Unsicherheitssymptom betrachten, was ja einige Tage lang auch auf den deutschen Börsen zum Ausdruck kam. Im Zusammenhang damit entsteht Devisenbedarf, der dadurch noch vergrößert wird, daß Mitte Februar wie allmonatlich Reparationszahlungen zu leisten sind. Die Devisenbestände der Reichsbank werden allerdings bald, wahrscheinlich noch vor Ende dieses Monats, durch die Zugänge aus dem 3,2-Milliarden-Dollar-Kredit des Reiches von neuem aufgefüllt werden.

Schuldfabrik Max Lad stellt die Zahlungen ein. Jetzt hat die Krise auch die in Berlin gut bekannte Schuldfabrik Max Lad, Strausberg i. B. erzwungen, ihre Zahlungen einzustellen. Die Gläubigerparlamentarier sind auf den 20. Februar einberufen.

A. Soritsch: Gerichtssaal

„Angeklagter, treten Sie vor!“

Der Richter setzt sich im Sessel zurecht und öffnet eine rote Mappe mit der Anklageschrift. Seine Stimme klingt milde und gleichgültig. Die Worte, die er soeben gesprochen hat, spricht er an sechsmal täglich. Es ist langweilig, ein Bezirksrichter in Kasan zu sein.

„Sie werden beschuldigt, am 2. Juli nachmittags die öffentliche Ruhe im Frachthafen gestört zu haben, indem Sie den Privatbeteiligten in den kleinen Finger der linken Hand bissen. Bekennten Sie sich schuldig? Angeklagter, treten Sie vor!“

Im Saal entsteht Verwirrung. Auf den Bänken rückwärts vornimmt man Gesüßter und unterdrücktes Lachen. Der Gerichtsdiener nähert sich auf Fehenspitzen dem Richtertisch, hält die Hand vor den Mund, hustet und sagt vorlegen: „Er ist persönlich nicht erschienen.“

Rechts an einem kleinen Tischchen erhebt sich ein hagerer Mann mit wirrem Haar, im gestülpten Gehrock.

„Ich bin bevollmächtigt, hier vor dem hohen Gericht die Interessen des Angeklagten zu vertreten, der — wie dem Gericht bekannt — nicht in der Lage ist, seine Verantwortung persönlich...“

„Schön, schön.“ Der Richter langweilt sich sichtlich. „Sagen Sie sich vorläufig, Privatbeteiligter, treten Sie vors Gericht und erzählen Sie, wie sich die Sache zugetragen hat.“

Der Privatbeteiligte, ein riesiger Kerl in einer weiten blauen Hose, Verlater aus dem Hafen, nähert sich der Barre. Er tritt schwer auf.

„Was soll ich da viel erzählen“, sagt er brummig, und man sieht, daß er mit Mühe nach Worten sucht. „Ich stehe also dort, ganz ruhig, sanft wie ein Lamm, tue niemandem was, da springt plötzlich dieses ausgehungerte Schindluder...“

„Keine Beleidigungen!“ unterbricht streng der Richter. „Das Gericht will von Ihnen keine Beleidigungen, sondern eine Darstellung der Tat.“

Einige Sekunden lang starrt der Verlater den Richter verständnislos an. Er zwinkert mit den Augen. Dann senkt er laut und zeigt mit dem Finger nach rechts: „Der da wird alles aufklären.“

Ein kleiner, ungemein lebendiger Mann, dessen Brust mit vielen Abzeichen geschmückt ist, steht auf; er fährt mit der Hand über die Glatze und beginnt:

„Als zweiter Rechtsberater der Transportarbeitergewerkschaft, deren langjähriges Mitglied der Privatbeteiligte ist, möchte ich vor allem die Aufmerksamkeit des Gerichtes auf den unglaublichen, ja geradezu schändlichen Charakter der Sache lenken. Dieser noch nie dagewesene Fall heißt eine exemplarische Bestrafung. Die zweitausend organisierten Verlater unserer Stadt fordern einmütig die schwerste Strafe für den Schädling, der ihren Genossen um den kleinen Finger der linken Hand gebracht hat.“

Rur durch dringende Arbeit sind diese Männer verhindert, hier zu erscheinen, um selbst dem Gericht ihren Willen kundzutun. Aber im Geiste sind sie mit uns und ich höre die gewaltige Stimme des glühenden Proleten, der sich aus ihren stählernen Reihen erhebt. Wie war er denn, dieser Fall, der die proletarische Dessenlichkeit unserer Stadt in Aufruhr brachte? Was sind seine politischen Hintergründe, wo liegen seine sozialen Wurzeln? Sie sehen hier in der Person des Privatbeteiligten einen Menschen dessen prächtige Schwielen auf den Händen besser als alle Worte von seinem Arbeitsleben berichten, das herrlich ist wie die Revolutionsperiode selbst.

Sein Vater war ein Bürstenmacher und lernte schon in frühester Kindheit den Jorismus kennen, da er gezwungen war, in jenen düsteren Jahren Bürsten zu erzeugen, die den ausschweifenden Genüssen der übersättigten Bourgeoisie dienen sollten.

Seine Mutter wurde beim Nacht des Holzspanns in einer engen Bauernhütte geboren. „O du mein Holzspan!“ sagt der Dichter. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, hoher Gerichtshof, daß der Sohn die besten proletarischen Eigenschaften der Eltern ererbt und zugleich mit der Muttermilch die Ideen der Oktoberrevolution eingeatmet hat.

Der Ihnen fehlt eine wahre Gestalt der proletarischen Revolution, Stolz und Fierde der eisernen Kohorte, die das Leben in

ein Zaubermärchen vom Fünfhjahrspian verwandelt. Und auf der anderen Seite, ist es denn nicht die alte Welt, die symbolisch in der Gestalt des Angeklagten angriffsbereit ihre widerlichen Zähne steckst? ...“

Er sprach lange und machte weite Gesten mit beiden Armen. Der Richter wurde müde zuzuhören, neigte sich zum Beisitzer rechts und flüsterte:

„Der macht daraus“ eine politische Affäre, einen zweiten Schachtyprozess. Haben Sie die Anklageschrift gelesen?“

„Nein, und Sie?“

„Ich auch nicht. Weiß der Teufel, was da los war im Hafen! Ich habe keine Zeit gehabt, die Sache durchzugehen. Das kann nett werden.“

Als der zweite Rechtsberater der Transportarbeitergewerkschaft erdete, sich auf seinem Platz niederließ und den Schweiß von der Stirn trocknete, erhob sich wieder der Verteidiger im Gehrock.

„Die Rede des Vertreters des Privatbeteiligten war tiefinnig und wirkungslos“, begann er satirisch. „Ich werde mir dennoch erlauben, einige Ungenauigkeiten zurückzuweisen, die der Fall in der Beleuchtung erhielt, in die ihn der Vorredner zu rücken für gut befunden hat.“

Der Vater des Privatbeteiligten soll ein Bürstenmacher gewesen sein. Ich will das nicht weiter untersuchen, aber wir müssen uns doch fragen: Was war denn die sozialpolitische Physiognomie dieses vorkapitalistischen Handwerkers, mit dessen Bürsten die Bourgeoisie ihre Lackstühle auf den Glanz brachte? Welchen Interessen diente er, was war sein politisches Credo? Auf welche Weise, mit welchen Mitteln unterstützte er die illegale revolutionäre Arbeit in einer Zeit, da die besten Söhne des Proletariates für ihre Idee kämpften und starben?

Darüber hat uns der Vertreter des Privatbeteiligten nichts erzählt! Der Vater des Privatbeteiligten war also ein individueller Produzent, ein Kleinbürgerlicher Handwerker, und ich wäre gar nicht erstaunt, wenn man mir sagen wollte, daß der Mann, nachdem er die Volksschule beendet hat, in seinem ganzen Leben keine einzige Zeile von Marx oder Engels gelesen hat.

Weiter! Man sagt uns, die Mutter des Privatbeteiligten sei beim Licht des Holzspanns geboren. Schön! Ausgezeichnet! Aber ist es nicht gerade dieser Holzspan, gegen den die triumphierende proletarische Revolution mit Hilfe der elektrischen Glühbirne einen tödlichen Kampf führt?

Hoher Gerichtshof, ich bezweifle somit die proletarische Abstammung des Privatbeteiligten, ich erlaube mir, hier ein großes Fragezeichen zu stellen. Ich will natürlich nicht leugnen, daß er tatsächlich am 2. Juli in den kleinen Finger der linken Hand gebissen worden ist, und weder den unmittelbaren Schuldigen noch den gewissen Sinne für die Tat Verantwortlichen von aller Schuld freisprechen. Ich spreche jetzt von dem Russen Kononoff, der sich hier im Saal befindet und bereit ist, dem hohen Gericht den wahren Tatbestand zu schildern. Er ist der sogenannte schuldlos Schuldige. Aber vorher möchte ich doch eine politische Analyse des Falles geben, der, wie sich zeigen wird...“

Der Richter flüstert entsetzt dem Beisitzer ins Ohr: „Die waren also zu zweit. Ich kenne mich absolut nicht aus, ich dachte, das ist eine Sache ohne Bedeutung, dabei ist das ein Schädlingprozess ersten Ranges. Da kann man sich sehr schneiden.“

Sie flüsterten leise miteinander, und plötzlich unterbrach der Richter den Verteidiger und sagte:

„Da manche wichtige Umstände des Falles unklar sind, beschließt das Gericht, die Verhandlung zu vertagen, um den Angeklagten selbst zu vernahmen. Den „schuldlos Schuldigen“ brauchen wir nicht. Wer gebissen hat, der soll selber kommen. Haben die Parteien etwas dagegen einzunehmen?“

Die Besucher aller Anwesenden drückten Bewunderung und Bewirrung aus. Der Gerichtsdiener trat wieder an den Tisch und sagte ehrerbietig im lauten Flüsterton:

„Er kann nicht persönlich erscheinen, er ist — ein Pferd.“

(Was dem Russen von Alexander Gershenzon.)

überprüfen haben und von Nordwesten her in etwas veränderter Form als schwarze Niederungsrinde die norddeutschen Ebenen überfluteten.

Gerade diese schwarzbunten Rinder geben kulturgeschichtlich noch einen weiteren interessanten Hinweis. In ganz merkwürdiger Weise sind sie im Laufe des letzten Jahrhunderts mit dem steigenden Milchbedarf von den Küstengebieten Westeuropas, vornehmlich von Holland her, ins Innere Europas gelangt und haben das alte kleine Landvieh fast ganz verdrängt. Wie die Funde der Kulturreste aus der vorgeschichtlichen Zeit zeigen, bildete dieses Küstengebiet Westeuropas bis nach Holland und sogar England hin ein Einflugsgebiet der alten iberischen Kultur Spaniens, die längs der Küste den Handel und die Schifffahrt beherrschte haben muß. Nicht nur zwei verschiedene Bevölkerungs- und Kulturelemente trafen dort zusammen, sondern die alten Siedler brachten auch ihre Wirtschaftsgüter mit, für uns von besonderer Bedeutung die südländischen großen Rinder. Die alten Kultur- und Bevölkerungsmischungen lassen sich also auch an den Haustieren erkennen. Aber gerade dieses schwarzbunte Rind der nordwestlichen Küstengebiete birgt noch ein anderes Geheimnis, so modern es in seiner hochgezüchteten Kulturform anmutet. Die Herkunft der schwarzen Flecken seiner bunten Gestalt können wir jetzt leicht erkennen: es handelt sich um einen Erbteil der einst nur dem Gögendienst geweihten Kampfstiere des Südens. Sind diese Zusammenhänge durch neuere Untersuchungen der letzten Jahre auch anatomisch bewiesen worden, so klafft noch eine Lücke über die Herkunft der weißen Flecken. Immerhin ist durch Ausgrabungen erwiesen, daß einst bis zur Rheingebirge hin hornlose Rinder verbreitet waren. Sie gehören heute nur noch dem höheren Norden an, Skandinavien und Nordrussland, und sie sind durchgehend weiß gefärbt. Vielleicht bildeten sie bereits den ältesten Rinderbestand der Küstengebiete nach der Eiszeit, vielleicht gelangten sie auch mit der nordischen Kulturgeschichte der Menschheit nach dem Süden. Mindestens besteht aber eine Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie bei der Bildung der gestreckten Rinder Europas einen starken Anteil besaßen. So modern uns diese gestreckten Rinder mit ihrer teilweise fast phantastischen Milcherzeugung anmuten — sind doch Jahreserträge von 16 000 Liter Milch oder 500 Kilogramm Butter von einer Kuh nicht mehr so selten —, so weit führen sie uns in die frühesten Tage der Kulturgeschichte zurück: auf der einen Seite in die Vergangenheit der südländischen Kulturgeschichte, auf der anderen Seite noch bis an die Grenzen der Eiszeit mit dem Erwachen der menschlichen Ansiedlung und Kulturbildung zwischen den Tagen des unsteinen Jägers der älteren Steinzeit und den Vorkäufern unserer Kultur in der sogenannten jüngeren Steinzeit.

Bekennnis eines Eskimo-Dichters

„Nieder der Schneehütte“ ist der Titel einer Sammlung von Eskimogedichten, die der bekannte Polarforscher Knud Rasmussen, der selbst von mütterlicher Seite der Eskimo ist, soeben in Stockholm in schwedischer Uebersetzung veröffentlicht hat. Diese Lyrik, die er von den Bewohnern der Eiswüsten Kanadas und Grönlands gehört hat, bestätigt den hohen Ruf, den die Poesie der Eskimos bereits besaß. Alle die Themen, die unsere Sänger im Lied behandelt haben, werden auch hier gestaltet, aber mit einer wichtigen Ausnahme, es gibt keine Liebespoesie. Wohl handelt auch manche Gedichte von erotischen Dingen, aber der Poesie tritt dann nicht als persönlicher Liebhaber auf, sondern wendet sich an die Frauen im allgemeinen.

Rasmussen teilt auch interessante Aeußerungen von Eskimopoeten über ihr Schaffen mit. So bekenn z. B. ein Dichter namens Orpingak: „Nieder sind Gedanken, die von dem Atem geblasen werden, wenn der Mensch von einer starken Macht ergriffen wird und nicht länger in der Mätsgrube sich auszudehnen vermag. Ein Mann gerät in Bewegung wie eine Fackel, die im Strome rund herum gewirbelt wird. Seine Gedanken werden von einer starken Strömung vorwärts getrieben, und er fühlt Freude oder Leid oder Angst. Gedanken strömen über ihn wie ein Fluß, machen ihn atemlos und lassen sein Herz schneller schlagen. Etwas, wie Wärme in der Luft, gibt ihm ein Gefühl des Aufstehens. Und dann plötzlich geschieht es, daß wir, obwohl wir immer unsere Kleinheit kennen, uns noch viel kleiner fühlen, und wir fürchten uns davor, Worte zu benutzen. Aber dann geschieht es, daß die Worte, deren wir bedürfen, unabhängig und unbewußt aus uns herauskommen — dann entsteht ein neues Lied.“

Diese Lieder werden von den Verfassern bei den gemeinsamen Versammlungen zur Begleitung einer Trommel gesungen, und der Dichter oder die Dichterin tanzt dazu in abgewohnter Weise. Es gibt auch eine Art von „Streitliedern“, die bei poetischen Zweikämpfen verfaßt werden. Ein Mann, der sich beleidigt fühlt, fordert seinen Gegner durch ein Gedicht heraus, in dem er alle seine Beschwerden vorbringt und den anderen verspottet, wobei er ihm hin- und herzieht wie ein Füllhorn in Kanada und mit dem Kopf in Grönland zu Weide geht. Dann erwidert der andere dieses „Streitlied“ auf dieselbe Weise und greift den anderen an, und nach diesem Duell sind sie wieder gute Freunde. Zu den schönsten Gedichten der Sammlung gehört das Lied einer Frau Uoovut, die nur ein einziges Mal in ihrem Leben ein Lied sang, aber ein besonders schönes.

Ein künstlicher Maschinenmeister

Die Photozelle umfaßt heute bereits ein Anwendungsgebiet, dessen Umfang sie auch der allgemeinen Aufmerksamkeit würdig macht. Grundsätzlich stellen alle Photozellen Instrumente dar, die befähigt sind, Schwankungen der Lichtintensität in elektrischen Strom umzusetzen. So beruhen Fernsehen, Bildtelegraphie, Tonfilm u. a. auf der Verwendung der Photozelle. Darüber hinaus hat die Photozelle in ihren mannigfachen Anwendungsformen es ermöglicht, eine große Reihe von Erscheinungen messbar zu machen, zahlreiche Vorgänge automatisch zu kontrollieren und damit der Industrie, dem Gewerbe, aber auch der Alltagspraxis ebenso einfache wie wertvolle Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Hierher gehören so außerordentlich feine und schwierige Messungen wie die der Lichtdurchlässigkeit von Vorseifen, Glas, Farben, der Deckkraft von Pigmenten, der Dichte von Papierböden u. a. m. Bei diesen Aufgaben dient die Photozelle unmittelbar als Meßinstrument. Dagegen kann sie auch bei anderen Apparaten Schaltvorgänge auslösen. So kann man sie mit Zählwerken verknüpfen und auf diese Weise sowohl glühende Eisenstücke in Holzwerken als auch empfindlichere Gegenstände aller Art zählen. Nach dem gleichen Prinzip verfährt man bei der Sortierung von Gütern, wobei es beispielsweise sogar gelingt, helle und dunkle Zigarren sowie Erze ungleichlicher Körnung voneinander zu trennen. In der Tat verdient die Photozelle heute schon die Bezeichnung „künstlicher Maschinenmeister“: Vermag sie doch nicht nur Maschinen in Gang zu setzen und sie bei etwaigen Betriebsstörungen automatisch stillzusetzen, auch die automatische Steuerung von Webstühlen, Sägemaschinen und dergleichen wird bereits in die Praxis eingeführt. Schließlich kann sie noch als automatische Hauswächter auftreten: für die Konstruktion moderner Diebesicherungen werden schon vielfach die hierzu vortrefflich geeigneten Photozellen benutzt.

Stierkämpfe und Kulturfortschritt

Von Dr. Ernst Zeige

Ein Beispiel dafür, wie das Böse auch Gutes zeugen kann, haben die berühmten oder berühmten spanischen Stierkämpfe. Weder die begeisterten Anhänger noch die grimmigsten Gegner dieser „Sportübungen“ ahnen heute, daß in diesem Rationalgebrauch eine der ältesten Gewohnheiten aus heidnischer Vorzeit bis in die Gegenwart fortlebt. So, der ursprüngliche Sinn der Stierkämpfe ist so wenig lebendig, daß man mit Bewunderung vernehmen würde, daß sie den Ausgangspunkt für eine der bedeutungsvollsten wirtschaftlichen Errungenschaften unserer europäischen Gegenwart bilden. Die heidnischen Vorkämpfer dieser Stierkämpfe sind nämlich die Grundlogen unserer europäischen Milch- und Butterversorgung geworden. Ein langer Weg hat freilich dahin geführt.

Aus der seltsamen, nach unerschütterlichen Kultur Kreises, die gegen das Ende des zweiten vorchristlichen Jahrtausends durch die alten homerischen Griechen abgelöst wurde, sind merkwürdige Darstellungen bekannt geworden. Reichlich primitive Zeichner haben Bilder von Stieren hinterlassen, die mit mehrfachen Menschen Fangball spielen, offenbar keineswegs in freundlicher Absicht. Und zu diesen Bildern hat man gleichsam als Bestätigung in alten Königspalast von Knossos auf Kreta Reste von Bildsteinen gefunden, die dort in Stallungen oder kleinen Wildparks gehalten wurden, ähnlich wie wir heute in den Zoologischen Gärten alle möglichen Raubtiere hegen oder wie in Siam weiße Elefanten als heilige Tiere gepflegt werden. Gerade dieses letzte Beispiel gibt einen Hinweis auf den Vorgang, denn daß Rinder in den uralten religiösen Vorstellungen eine große Rolle spielten, wissen wir nicht nur von dem goldenen Kalbe in der Bibel, sondern auch aus Ägypten und Mesopotamien. Ebenso kann es sich bei den erwähnten Bildsteinen im Königspalast zu Knossos nicht um landwirtschaftlich genutzte Rinder handeln, denn es wurden gleichzeitig solche zahme Rinder dort vorgefunden, die unserem alten roten Landvieh noch heute ähneln. Wir wollen aber die Entwicklung weiter verfolgen: Erben der alten Stierkampf- und Menschenopferumstände waren selbst noch die Römer in verhältnismäßig zivilisierten Zeiten, und sie hatten diese Gewohnheit von den alten Griechen übernommen.

Sogar der Vorgang des Einfangens dieser gehagten Wildtiere ist uns bildlich überliefert worden. Auf den durch einen Gekochtenstreif berühmt gewordenen Goldbechern von Vaphio, die etwa der Mitte des zweiten vorchristlichen Jahrtausends entstammen, findet sich lebendig der Vorgang des Einfangens solcher Wildrinder mit Rehen dargestellt — und zwar von Stieren, die den heutigen

spanischen Kampfstieren der andalusischen Rasse auffällig gleichen: starke unterste Körper mit gut entwickelten Stößhörnern. Wie diese Tiere für ihren „Beruf“ vorbereitet wurden, wissen wir nicht. Wohl ist diese Methode aber aus dem heutigen Spanien bekannt, wo die Tiere erst „wid“ gemacht werden, wobei nicht alle Stiere durch die abschließliche Reizung in der Jugend kampftüchtig gegen den Menschen werden. Nur in einer Beziehung hat sich die rohe heidnische Sitte gewandelt; der fromme Spanier gibt heute seinen Stierkämpfern Waffen, um die Ungetüme zur Freude seiner sportbegeisterten Landsleute abzuschächten, während man ehemals die umgekehrte Methode zur Ehre der Heiligengötter befolgte und die wehrlosen Menschen opferte. Ein Fortschritt ist also erzielt, und noch weiter ist man in Südfrankreich gelangt, wo die Stiere nicht getötet und mehrfach zu dem dort harmloseren „Bergzügen“ benutzt werden.

Aber dieser alte Gögendienst hat in anderer Beziehung einen wirklichen Fortschritt gebracht. Die zahmen Rinder jener Vorzeit gehörten einer anderen Form an; sie waren erheblich kleiner und wiesen auch anatomische Unterschiede gegen die Kampfstiere auf. Es handelte sich um das kurzhörige Rind unserer modernen Rassenbezeichnung, das als „Kotvieh“ in unseren Gauen fortlebt und die älteste zahme Rinderform Europas gewesen ist. Tausende großen Wildrinder des südländischen Europa wären ohne die heidnischen Opferfeste wohl nie gezähmt worden. So hat fast der Zufall dazu geführt, daß die zunächst nur zu Opferzwecken gehaltenen Wildrinder des Mittelmeergebietes nachträglich ebenfalls der Zähmung verfielen, obwohl der Südländer wirtschaftlich mit ihnen auch heute noch nicht viel anzufangen weiß; sind doch seine bevorzugten Milchspender Schaf und Ziege, nicht unsere brave Milchkuh. Aus der Not wurde einst hierbei die Tugend; zwang der Gögendienst dazu, ständig einen Bestand von Wildtieren für den Opferdienst zu halten, so war durch das Beispiel des nördlichen Europa schon in sehr frühen Zeiten — vor etwa 6000 Jahren — die Zähmung- und Nutzungsfähigkeit des Rindes gezeigt worden. Dieses gute Beispiel verdrängte die bösen Sitten; die großen Kampfrinder mußten förmlich zu dem Verkauf reizen, sie ebensfalls dem Wirtschaftsbereich des Menschen einzuverleihen, und dieser Versuch gelang so gut, daß diese neue Hausrinderform selbst in unserer nördlicheren Heimat das gute alte Bauernvieh zurückdrängte und noch weiter zurückdrängt. Dem Kartenspiele dieser südländischen Kampfrinder gehören unsere größten und nützlichsten Hausrinder der Gegenwart an, die als gelbe Höhenrinder von Süden her die Alpen wohl im Gefolge der Römer